

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 89

April/Mai 2018



INHALT

Kreisel-Diskussion- Keine Satire	
Nigges alternative Fakten	3
Milchmännchenrechnung	
Fahrradbügel: Aus Eins mach Zwei	6
Sauerei! Kein Schweinefleisch in Celles Kitas	
AfD: mangelnder Selbstbehauptungswille	8
Kapital & Arbeit	9
Ihr Demonstrationsrecht muss zurücktreten	
Auflagenkatalog zu Afrin-Demonstration	10
Afrin is not alone – das Schweigen durchbrechen	
Proteste gegen völkerrechtswidrigen Krieg	12
Linke fragt Kreisverwaltung	
Hausarrest für Flüchtlinge rechtswidrig	13
Meldungen	14
Laternen: „... ist das eine fluide Lage“	16
Landkreis untersagt Flugblattverteilung	
Rheinmetall – Whistleblowing strafbar?	18
Kommentar zu Hakenkreuzglocke	
Denk ich an Faßberg in der Nacht	20
AntiFa: Meldungen, Ankündigungen & Rezensionen	22
Frauen & Kultur – Ankündigungen	24
Milieuroman von Dirk Gerlach, Die Partei	
Dachbodenpiraten	25
Interview mit Michael Heinrich	
Warum jetzt noch eine Marx-Biografie?	26
Geschichte(en) rund um das Jahr 1968 in der Provinz	
Die APO verunsichert ein Heidedorf	28



Hallo werte Leser*innenschaft,

Ihr werdet auch in diesem Heft wieder feststellen, dass wir die Mobilitätswende für ungemein wichtig halten. Mobilität ist der Aspekt, an dem sich tatsächlich die gesamte Gesellschaft „bewegen“ muss. Es geht also auch um unsere mentale Infrastruktur. Und deshalb ärgern wir uns so über den verantwortungslosen Irrsinn der Celler Verkehrspolitik.

Immer mal wieder erleben wir, dass potenzielle Leser*innen unser Heft gar nicht kennen. Deshalb mal folgende Aufforderung an jene unter euch, die uns gut finden: Wenn ihr eine Idee habt, wo wir das Heft noch auslegen könnten – fragt einfach mal die jeweiligen Besitzer*innen & meldet euch bei uns, wenn ihr Grünes Licht bekommt.

Wir produzieren regelmäßig fünf Hefte im Jahr, die im Februar, im April, im Juni, im September und im November herauskommen. Das Ganze machen wir mit Interesse & Freude, vor allem weil wir selbst dabei immer noch was lernen. Ach so: Und wie selbstverständlich auch ohne Geld. Das brauchen wir nur für den Druck. Deshalb sind wir auf Spenden angewiesen. Aber damit wollen wir euch dieses Mal nicht nerven – ihr wisst ja, wo unsere Kontonummer zu finden ist.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
Linke/BSG->Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Morlock



Kreisel-Diskussion in Celle – Keine Satire

Niggles alternative Fakten zur Verkehrssicherheit

Das historische Netz der Verkehrswege in Celle zeigt ein Radialmuster der Straßen, dessen Brennpunkt die Allerbrücke ist. Alle wichtigen Radialen sind als Bundes- und Landesstraßen klassifiziert. Der gesamte Verkehr führt zu Überlastungen der Hauptverkehrsträger im Innenstadtbereich. Das war gestern so, das ist heute so und das wird wohl auch so bleiben. In heutigen Zeiten ist jede weitere Planung einer „autogerechten Stadt“ ein Verbrechen an Mensch und Umwelt. Verkehr erzeugt ein Drittel der CO₂ Emissionen. Verkehr beansprucht erheblichen Platz, macht Lärm, produziert Feinstaub und Stickoxide. Motorisierter Individualverkehr ist kein Segen, sondern ein Fluch. Keine noch so ausgefeilte Verkehrsplanung kann hier Abhilfe schaffen. Nur eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrswende in den Köpfen aller Beteiligten kann diesen Fluch der Zivilisation beseitigen.

Vor 50 Jahren fuhren bzw. stauten sich die PKW, LKW und Busse noch durch alle Straßen der Celler Altstadt. Erbittert wurden die Diskussionen über Sinn und Unsinn der Umwandlung einiger Altstadtstraßen in Fußgängerzonen geführt. Die Sperrung der Hehlentorstraße (Sanierungsarbeiten 1968) bescherte der Stadt Celle und besonders dem Verkehrsknotenpunkt Allerbrücke/Neumarkt ein fünfwöchiges Verkehrschaos.

Neumarkt 21.05.1968



MENSCHENSCHLANGEN UND AUTOSCHLANGEN sind träge. Das weiß jeder aus Erfahrung. So auch gestern nach der Sperrung der Hehlentorstraße. Die Mühlenstraße wurde zu einer absoluten Langsam-Kriechstrecke für die Autoschlangen. Es dauerte mindestens 10 Minuten bis man sie per Pkw überwunden hatte.

Der damalige Celler Baudirektor Kummer wurde am 20.5.1968 in der HANNOVERSCHEN PRESSE mit den Worten zitiert:

„Es ist immer noch im Gespräch, in der Celler Innenstadt "Fußgängerzonen" zu schaffen. Fußgänger aber sind sehr oft PKW-Fahrer. Für die aber braucht man in unserer Stadt viele Millionen Mark, bis es so viele Umgehungsstraßen gibt, dass man in Minutenschnelle zum nächsten Parkplatz kommt. Der Neumarkt, im Bereich des historischen Stadteingangs Hehlentor gelegen, wird im Wesentlichen von sehr starkem Verkehr aus mehreren Richtungen und unter anderem mehrerer aufeinander treffende Bundesstraßen geprägt. Für nicht motorisierte Verkehrsteilnehmer birgt er erhebliche Gefahrenzonen aufgrund nur mangelnd vorhandener Querungsmöglichkeiten.“

Zu den Verkehrsproblemen der Stadt gesellt sich von je her ein grundsätzliches Denkproblem: Verkehrslösungen werden seit Jahrzehnten von Planer*innen und Politiker*innen immer nur unter dem Aspekt der Auto-Mobilität angedacht. Bis heute ist kein Umdenken erkennbar und krampfhaft wird an der Umsetzung uralter Auto-Verkehrspläne weiter herumgedoktert. Die immer selben Argumente zur Förderung der Auto-Mobilität werden mal für den "dringend notwendigen" Bau von Umgehungsstraßen und mal für den "dringend notwendigen" Ausbau von Innenstadtstraßen heruntergebetet. Mal ist der Bau von Umgehungsstraßen zur Entlastung der Innenstadt "dringend notwendig" und mal ist der Ausbau der Innenstadtstraßen zur Belebung der Innenstadt "dringend notwendig".

Der ADAC setzte 1974 mit seinem Sturmlauf gegen ein Tempolimit auf Bundesautobahnen ein Motto in die Köpfe der Autofahrer*innen fest, das bis heute noch nicht ausradiert zu sein scheint: "Freie Fahrt für freie Bürger". Ein Gesamtkonzept zur gleichberechtigten Mobilität für alle Celler Verkehrsteilnehmer*innen sucht man bei Verwaltung und Politik bis heute vergebens. Der absurde Höhepunkt dieses Autowahns ist das sogenannte „Verkehrskonzept für die Celler Innenstadt“ (2003), das einen "Inneren und Äußeren Ring" für KFZ durch die Innenstadtstraßen vorsieht. Dieses "Verkehrskonzept" soll

u.a. den gegenläufig befahrbaren Nordwall und die Befahrung der Schuhstraße (derzeit Fußgängerzone) ermöglichen. Treibende Kraft dieses Autowahns war der damalige Oberbürgermeister Martin Biermann (CDU).

Bei der Übergabe (24.2.2004) von 8000 Unterschriften gegen die Öffnung der Fußgängerzone-Schuhstraße für den Auto-Verkehr erklärt OB Martin Biermann lauthals: „Eine autofeindliche Politik wird es mit mir nicht geben.“

Und tatsächlich: Am 9.8.2005 wurde die Fußgängerzone Schuhstraße als erste Umsetzung des "Inneren Ringes" durch Biermann für den Autoverkehr frei gegeben. Bernd Skoda war als damaliger Verkehrsplaner der Stadt Celle an dieser fußgängerfeindlichen Planumsetzung beteiligt. Heute ist Skoda zweiter Kreisvorsitzender des SoVD Celle und Berater in Sachen Barrierefreiheit. In der CZ vom 13.2.2018 beschwert sich der Ex-Straßenplaner über den heutigen Zustand der Altstadtstraßen:

„Gerade für Senioren, die nicht mehr gut sehen und hören können, wird es selbst im verkehrsberuhigten Bereich gefährlich.“

Auch nach dem Rücktritt von Biermann als Oberbürgermeister (2008) wurde das alte "Verkehrskonzept für die Celler Innenstadt" von Rat und Verwaltung unbeirrt weiterverfolgt. Mit dem gegenläufigen Ausbau des Nordwalls kann die Stadt jedoch nicht beginnen. Es fehlen der Stadt noch die nötigen Mittel. Diese Mittel müssen für den Ankauf von Gebäuden und Grundstücken, für den Abriss dieser Gebäude, für die Planung und den Neubau des Nordwalls erst beschafft bzw. beantragt werden. Vor allem aber: Es gibt Hausbesitzer, die nicht verkaufen wollen.

Der Hinweis von Verkehrsplaner Jörg Frohnert (CZ, 24.9.2006) zum „Verkehrskonzept für die Celler Innenstadt“ wird wohl nicht einmal von ihm selbst hinterfragt: „Der Neumarkt ist der am drittstärksten belastete Verkehrsknoten mit 36.000 Fahrzeugen am Tag. Mehr Verkehr ist über diesen Knoten nicht abwickelbar.“

2009 wurde das sogenannte "Gelenk Neumarkt" vom Rat der Stadt Celle in Auftrag gegeben, um Fördermittel (nach dem Entflechtungsgesetz) vom Land abgreifen zu können. Das förderungsfähige "Gelenk Neumarkt" beinhaltete den Ausbau der Richard-Katzenstein-Straße in Verbindung mit einer barrierefreien Kreisverkehrsanlage.

Im Regelwerk zum "Entflechtungsgesetz" heißt es:

„Eine gesetzliche Grundlage für die Barrierefreiheit im Straßenbau ist das Niedersächsische Straßengesetz. Nach § 46a sind Straßen entsprechend der finanziellen Leistungsfähigkeit des Baulastträgers so auszubauen, dass

1. die Bedürfnisse blinder und sehbehinderter Menschen durch Orientierungshilfen und

2. die Bedürfnisse von Menschen mit Mobilitätsbeeinträchtigungen durch barrierefreie Gehwegüberwege berücksichtigt werden.

Nach § 7 Abs. 2 Niedersächsisches Behinderten-Gleichstellungsgesetz (NBGG) gilt, dass öffentliche bauliche oder andere Anlagen, öffentliche Wege, Plätze und Straßen sowie öffentlich zugängliche Verkehrsanlagen und Verkehrsmittel im öffentlichen Personenverkehr barrierefrei zu gestalten sind, soweit dies durch Rechtsvorschrift vorgegeben ist.“

Die Planung der Kreisverkehrsanlage im Bereich der Richard-Katzenstein-Straße wurde nach den Richtlinien zur "barrierefreien Gestaltung baulicher Anlagen des öffentlichen Verkehrsraums" mit barrierefreien Überquerungsstellen (einschließlich Zebrastreifen mit Mittelinseln) versehen. Der gesamte Verkehrsbereich um den Kreisverkehr ist mit einem Bodenleitsystem ausgestaltet, das Personen sicher zu den Überquerungsstellen leiten soll.

Am 20.12.2012 musste das Projekt "Gelenk Neumarkt" wegen Versäumnissen bei der Beantragung von Fördermitteln (durch den Stadtbaurat Matthias Hardinghaus) vom Rat der Stadt gestoppt werden. Die Kosten für den Ausbau der Richard-Katzenstein-Straße musste die Stadt Celle nun allein aufbringen. Die dazugehörig geplante Kreisverkehrsanlage konnte dort nicht gebaut werden.

Martin Biermann OB a.D. (CZ, 07.04.2014):

„Fördergelder sind süßes Gift, eine Droge, der wir leider immer wieder erliegen. Was viele zudem vergessen: Fördergelder sind letztlich unser aller Steuergelder.“

Um im Mai 2014 erneut Fördermittel aus einem anderen Topf beantragen zu können, wurde die baugleiche Kreisverkehrsanlage nun nicht mehr im Zusammenhang mit dem "Gelenk Neumarkt", sondern mit dem „Sanierungsgebiet Stadtumbau West/Allerinsel“ verknüpft. Kurzerhand wurde die Kreisverkehrsanlage (der Richard-Katzenstein-Straße) nun baugleich an die Hafestraße planerisch angebunden. Vorausschauende Fachleute hätten warnen müssen, dass man diese Kreisverkehrsanlage nicht baugleich in den Bereich der Hafestraße verlegen kann. Umgesetzt wurde dieser Plan dennoch, um die Fördergelder mitnehmen zu können.

Gier frisst Hirn!

Mit dieser fatalen Fehlentscheidung waren alle folgenden Schadenereignisse schon vorprogrammiert.

Mit der Verkehrsfreigabe am 17.6.2016 stellte sich die Gestaltung der Kreisverkehrsanlage als verkehrsuntaugliche Fehlplanung heraus.

Stadtsprecher Wolfgang Fischer wird am 23.8.2016 in der CZ mit den Worten zitiert:

„Bei der Gestaltung des Kreisels wurden auch Belange mobilitätseingeschränkter Personen berücksichtigt. Die Fachleute für barrierefreies Bauen vom SoVD Bernd Skoda und von den Blinden- und Sehbehindertenverbänden, Werner Gläser, haben uns mit ihrem Knowhow tatkräftig unterstützt.“

Und weiter: „Die Staus, die es "zu Verkehrsspitzenzeiten seit 30 Jahren" gebe, führt die Stadt vor allem auf den "freien Zu- und Abfluss" aus der Hafestraße zurück. **Die Fußgängerüberwege seien hier nicht von großer Bedeutung.** Die Lösung des Problems: Erst mit dem Ausbau des Nordwalls für den gegenläufigen Verkehr würde sich die Verkehrsbelastung am Kreisverkehr Hafestraße "erheblich reduzieren.“

Wie sich mit dem Ausbau von gegenläufigem Verkehr im Nordwall eine "erhebliche Reduzierung" der Verkehrsbelastung am Neumarktkreisel ergeben soll, ist weder nachvollziehbar, noch wird sie stichhaltig begründet. Nach jetzigem Stand der Planung (Nordwall) darf der Verkehr aus dem Nordwall nicht mehr direkt links in die Hehlentorstraße abbiegen, sondern muss erst Richtung Mühlenstraße einen Umweg über den Neumarktkreisel zurück in Richtung Hehlentorstraße nehmen. Dieser Umweg kann doch aber nur bedeuten, dass durch den gegenläufigen Ausbau des Nordwalls mit einem höheren Verkehrsaufkommen am Neumarktkreisel gerechnet werden muss.

Seit dem 25.2.2017 ist mit Jörg Nigge ein neuer Oberbürgermeister im Amt. Für seinen Wahlkampf hatte er eine Broschüre mit der Überschrift: „Unser Celle kann mehr“ veröffentlicht.

Wie wir berichteten, waren wesentliche Textteile dieser Nigge-Broschüre unter Verletzung des Urheberrech-

tes aus der Wahlkampfbroschüre der Kölner Oberbürgermeisterin Reker wortgleich "übernommen" worden. Darin heißt es unter anderem:

„Die Stadt hat eine neue Politik verdient: Ich lade für die nächsten Jahre alle demokratischen Kräfte zu einer offenen Diskussion mit breiter Beteiligung der Öffentlichkeit ein, um Mehrheiten für gute und zukunftsfähige Lösungen zu finden. Nicht Blockbildung und Hinterzimmer dürfen entscheidend sein, sondern die besseren Ideen und Argumente.

Umwelt: „Den Fuß- und Radverkehr sowie den ÖPNV stärken. Wo möglich, vor allem bei Neubauprojekten, Fahrradstraßen planen und umsetzen.“

Mobilität: „Ich setze mich für einen modernen Mobilitätsmix und eine weiter entwickelte Infrastruktur in Celle ein, um die Ortsteile besser zu verbinden und den Umweltverbund aus Fuß-, Rad- und öffentlichem Verkehr zu stärken. Barrierefreiheit und behindertengerechte Zugänge zum Standard machen, in Verkehrsinfrastruktur nur dann investieren, wenn es sinnvoll ist, nicht um Subventionen zu erhalten.“

ALTERNATIVE FAKTEN

Schon nach vier Monaten im Amt, brach der Plagiator Nigge "seine eigenen" Wahlversprechen:

Um den „Verkehrsfluss am Kreisel zu verbessern“, wurden am 12.6.2017 ohne vorherige öffentliche Diskussionen auf Weisung von Oberbürgermeister Jörg Nigge die barrierefreien Überquerungsstellen für Fußgänger und Radfahrer kurzerhand mit Absperrungen und Verbotsschildern verbarrikadiert. Die Absperrung gelte erst einmal für die Zeit der Bauphase in der Hehlentorstraße.

Am 28.11.2017 wurde die Hehlentorstraße wieder für den Verkehr freigegeben. Die Sperren der Überquerungsstellen am Kreisel blieben jedoch bestehen. Am 6.2.2018 wurden die mobilen Baken-Zäune an den gesperrten barrierefrei ausgebauten Überquerungsstellen sogar durch fest verankerte Metallgitterzäune ersetzt. In der Nacht auf den 14. Februar wurden dann auch noch die Zebrastrifen der Überquerungsstellen abgefräst. Mit dieser Rückbaumaßnahme elementarer Bestandteile der barrierefreien Kreisverkehrsanlage droht der Stadt Celle die Rückzahlung von Fördergeldern. Darum bemüht sich die Verwaltung, das Wort "Rückbau" zu vermeiden und spricht von einer vorläufig vorübergehenden Verkehrssicherungsmaßnahme. Die „Beseitigung" der Überquerungsstellen wird von der Verwaltung wie folgt begründet:

„Zur Verkehrssicherung haben wir – wie bei der Eröffnung der Hehlentorstraße angekündigt – die provisorischen Baustellenabsperrungen entfernt und durch Zäune ersetzt. So soll sichergestellt werden, dass Radfahrer und Fußgänger die stillgelegten Überwege nicht nutzen. Die in diesem Zusammenhang eingerichteten Zäune sind ein Beitrag zur Erhöhung der Verkehrssicherheit.“

Die Stadt Celle ist Gründungsmitglied der AGFK (Ar-



beitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen in Niedersachsen/Bremen e.V.). Zweck des Vereins ist u.a. „die Förderung der Nahmobilität und hier schwerpunktmäßig des Radverkehrs, um insbesondere den Verkehrsanteil des Radverkehrs zu erhöhen und die Verkehrssicherheit der Radfahrenden zu verbessern.“

Aktuell können Fahrradfahrer*innen durch die Sperrung der Querungsstellen (Neumarktkreisel) nur mit erheblichen Umwegen verkehrsgerecht von der Mühlenstraße in die Hafestraße, bzw. von der Hafestraße in die Mühlenstraße Richtung Neumarkt gelangen. Diese Situation verträgt sich nicht mit dem Vereinszweck, den Verkehrsanteil des Radverkehrs in Celle zu erhöhen und die Verkehrssicherheit der Radfahrenden zu verbessern.

Die Verwaltung sieht dies anders. Auf eine Anfrage der Fraktion Die Linke/BSG antwortete sie:

„Grundsätzlich können Fahrradfahrer aus der Mühlenstraße und aus der Hafestraße Abbiegevorgänge auf der Fahrbahn ohne Umwege vornehmen. Alternativ kann mit vertretbaren geringen Umwegen an der Lichtsignalanlage Neumarkt sicher die Fahrbahn gequert werden.“

Radfahrer*innen, die von der Mühlenstraße in die Hafestraße wollen, müssen also entweder weit vor dem Kreisverkehr auf die Autospur wechseln oder dann vom Fahrradweg über den Bordstein auf die Fahrbahn springen. Verkehrssicherheit ist etwas anderes.

Gegen die gefährliche Überquerungsstellen-Sperrung legte Werner Gläser (Mitglied im Expertenbeirat der Bundesfachstelle Barrierefreiheit und Leitung des Bezirks Niedersachsen / Bremen) in einem offenen Brief an die Stadt und die Fraktionen (16.2.2018) sein Veto ein: *„Im Vorfeld des Baus des Kreisverkehrs am Neumarkt wurden Herrn Skoda vom SoVD und mir als damaligem Beauftragten des Blinden- und Sehbehindertenverbands die Pläne zur Stellungnahme vorgelegt. Wir haben beide die Pläne befürwortet. Grundlage dafür war die barrierefreie Gestaltung des Kreisverkehrs, um auch für behinderte Menschen sichere Mobilität und Teilhabe zu gewährleisten. Die Pläne enthielten die auch vom Deutschen Verkehrssicherheitsrat für Kreisverkehre beschlossenen Zebrastreifen und damit die notwendige Voraussetzung für unsere positiven Stellungnahmen. Durch die Entfernung der Zebrastreifen entfällt somit diese Grundlage. Unsere Stellungnahmen sind damit hinfällig. Einer Baumaßnahme, wie sie sich jetzt darstellt, hätten wir unter keinen Umständen zugestimmt. Die Zebrastreifen am Kreisverkehr waren die einzigen barrierefreien Querungen in dem Bereich. Einer Wiederherstellung erst nach Fertigstellung der gegenläufigen Befahrbarkeit des Nordwalls kann nicht zugestimmt werden, zumal es bisher keinen vorliegenden Gestaltungs- und erst recht keinen Zeitplan gibt. Sollten die Zebrastreifen nicht zeitnah wiederhergestellt und die Zäune entfernt werden, so dass die Übergänge wieder nutzbar sind, müssen auch die Bodenindikatoren in den Bereichen entfernt werden, da sie auf gesicherte Querungen hinweisen. Die Kombinati-*

on aus Rippen- und Noppenplatten sind besonders für blinde, aber auch für sehbehinderte Menschen wie Verkehrszeichen. Blinden und sehbehinderten Personen eine sichere Querung über eine stark befahrene, gefährliche Straße zu signalisieren und sie dann gegen einen Zaun laufen und dort stehen zu lassen, ist schlicht behindertenfeindlich und menschenverachtend.“

Auf eine Anfrage von Die Linke/BSG behauptete Stadtbaurat Kinder in der ersten Märzwoche, dass die Bodenindikatoren ausgewechselt worden seien. Zu sehen ist davon zehn Tage später zu unserem Redaktionsschluss noch nichts.

In seiner 100-Tage-Bilanz (26.02.2018) hat Automobil-Freund Nigge mit großer Vorfreude die gegenläufige Verkehrsplanung für den Nordwall angekündigt. Ende März will die Verwaltung den Vorsitzenden der Ratsfraktionen mitteilen, wie es in Sachen „Nordwall“ weitergehen soll. Am Wahrscheinlichsten: Die Verwaltung hält fest an der gegenläufigen Befahrbarkeit – ohne Abriss bzw. mit Teilabriss. Die Enge dürfte wieder auf Kosten der nicht motorisierten Verkehrsteilnehmer*innen gehen.



Im Wald und auf der Heide #20

Der Krötenzaun

Rechtzeitig zu Beginn der Amphibienwanderungen - sie werden ab nächster Woche vor allem in milden Fluss-tallagen erwartet - wurden in Celle am Hafestraßen-/Mühlenstraßenkreisel unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters und mit Fördermitteln des Landes Krötenzäune errichtet. Das Besondere daran: Über das Bodenleitsystem werden auch Blindschleichen an den Zaun geführt und so am gefährlichen Überqueren der Straße gehindert.

Und der Tourismus erlebte einen kräftigen Aufschwung: So könnten während der Wander-Saison z.B. französische Reisende in PopUp-Stores der Fast-Food Kette "Cuisses de grenouille" die ihnen vertraute Kost genießen.

Aus Eins mach Zwei Alternative Fakten

Die Verwaltung (Stadtbaurat Kinder) der Stadt Celle teilte auf der Sitzung des Verkehrsausschusses am 15.11.2017 mit, „dass insgesamt 100 zusätzliche Fahrradabstellmöglichkeiten geschaffen worden sind, die mit dem Einbau insgesamt 100.000,00 Euro gekostet haben.“

In einer öffentlichen Stellungnahme (CelleHeute 09.03.2018) macht Stadtbaurat Kinder nun völlig andere Angaben:

Im letzten Jahr habe die Stadt Celle die Aufstellung von insgesamt 184 neuen Fahrradbügeln in Auftrag gegeben. Am 20.06.2017 sei der Auftrag für den Einbau bzw. Umbau mit einer Auftragssumme von insgesamt 104.400,- Euro erteilt worden.

Nach unserer Rechnung ergibt sich daraus ein Stückpreis von ca. 560,- Euro je Fahrradbügel.

Stadtbaurat Kinder kommt zu einem anderen Ergebnis. Hier seine „Milchmännchenrechnung“:

„Die beauftragten Leistungen umfassen zwei Lose, Los 1 beinhaltet die Lieferung und den Einbau von 100 Anlehnbügeln inkl. Bodenhülsen/Abdeckplatten und den erforderlichen Tiefbauarbeiten/Fundamenten im Bereich von öffentlichen Einrichtungen. Los 2 beinhaltet die gleichen Leistungen für 84 Anlehnbügel außerhalb von öffentlichen Einrichtungen sowie den Ausbau abgängiger Vorderradhalter.

Für Los 1 wurden Fördermittel aus Klimaschutzmitteln des Bundes in Höhe von 30.000 € eingeworben. Die städtischen Mittel betragen somit für 184 Anlehnbügel (= 368 Stellplätze, 2 pro Bügel) 104.000 € abzüglich 30.000 € = 74.000 €. Das entspricht Kosten in Höhe von 201 € pro Stellplatz.“ Und er fügt an:

„Nach Ausführung der Arbeiten im August/September 2017 wurden an einigen Standorten Mängel festgestellt, die durch den Auftragnehmer zu beseitigen sind. Deshalb werden zurzeit an 42 Standorten Anpassungsarbeiten durchgeführt.“

Dabei vergisst er zu erwähnen, dass diese Fahrradbügel nur mit einer genormten Schraube an der Bodenhülse gesichert sind. Auch nach der Mängelbeseitigung lassen sich diese Schrauben mit einem handelsüblichen Werkzeug-Schlüssel einfach lösen.

Daher unsere dringende Warnung: Fahrräder NICHT an die neuen Fahrradbügel anschließen! Diebstahlgefahr!

Als sichere Abstellanlage können dagegen die Gitterzäune am Kreisel Neumarkt gelten. Diese Zäune waren in der Anschaffung vergleichsweise günstig. Sie kosteten „nur“ 1.206,11 Euro.



Ratssitzungen als Podcast

Seit Mitte März gibt's die Reden der Ratssitzungen im Internet. Und zwar als Podcast auf der Seite

<https://www.celle.de/>

Dann über den Zwischenschritt RATHAUS zu POLITIK. Und dort findet sich links unten der Hinweis

Interne Link

Mitschnitte aus den Ratssitzungen »

Eingestellt sind zwischenzeitlich alle vier Ratssitzungen seit der Kommunalwahl im vergangenen Herbst. Die Gestaltung ist übersichtlich nach Tagesordnungspunkte und versehen mit Angaben darüber, wann die einzelnen Redner*innen mit ihren Beiträgen beginnen. Genau diese Bearbeitung soll etwa eine Woche dauern, bevor die Mitschnitte eingestellt werden.

Lange hatte die Verwaltung diesen bürger*innen-freundlichen Service mit dem Hinweis auf die Kosten abgelehnt. Es bedurfte der Intervention und technischer Anleitung von Oliver „Bürger“ Müller, um diesen einfachen, aber effektiven Weg zu öffnen.

AfD: ein trauriges Beispiel für unseren mangelnden Selbstbehauptungswillen

Sauerei! Kein Schweinefleisch in Celles Kitas

Bundesweit versucht die AfD einen Kulturkampf zu entfachen – eines ihrer Themen: Schweinefleisch. Im Verzicht auf Schweinefleisch sieht ihr Vorsitzende Alexander Gauland ein „*trauriges Beispiel für unseren mangelnden Selbstbehauptungswillen*“: „*Wir müssen uns den Muslimen in Deutschland nicht anpassen; wer mit und bei uns leben will, muss sich uns anpassen.*“ Genau. Es wird gegessen, was auf den Tisch kommt.

Normalerweise sollten wir uns mit derartigem Quatsch gar nicht befassen. Aber: Als die CZ das Thema in ihre Facebook-Seite nahm, gab es weit über 100 Kommentare. Die allermeisten unterstützten die Sicht der AfD und dies in den meisten Fällen, ohne sich mit dem Hintergrund genauer befassen zu haben.

Die AfD-Fraktion im Stadtrat hatte gefragt: „*Gibt es in Celle Kitas und Grundschulen, die auf Schweinefleisch im Speiseplan vollständig oder teilweise verzichten haben?*“ Und: Aus welchen Gründen bzw. nach welchen Kriterien so verfahren würde?



Die Antwort der Verwaltung bezog sich zunächst auf die zwei Kitas in städtischer Trägerschaft:

„*Alle städtischen Kitas verzichten aus organisatorischen Gründen weitestgehend auf das Angebot von Schweinefleischprodukten.*“

1. Frühstück – beim Frühstück ist für die Kinder oft nicht zu unterscheiden, ob es sich um Geflügel- oder Schweinefleischwurst handelt, so dass aus Rücksicht auf Kinder, die kein Schweinefleisch essen dürfen, auf ein entsprechendes Angebot grundsätzlich verzichtet wird. Das bedeutet aber nicht, dass es in den Kitas nicht gegessen werden darf.

2. Mittagessen – die Versorgung aller städtischen Einrichtungen mit Ausnahme des Gertrud-Kock-Hauses erfolgt durch unsere zentrale Küche in Wietzenbruch. Diese bietet pro Tag nur 1 Menü an, so dass auch hier aus den schon genannten Gründen auf die Verarbeitung von Schweinefleisch grundsätzlich verzichtet wird. Lediglich bei Gerichten, die man gut in zwei Varianten zubereiten kann (z.B. Eintopf mit und ohne (Schweine-

fleisch-)Würstchen), kann ein unterschiedliches Angebot erfolgen, was auch so gehandhabt wird.“

Und weiter: „*Die Grundschulen entscheiden über das Speiseangebot im Rahmen der Mittagsverpflegung der Ganztagschule in Absprache mit der Elternschaft vor Ort. Ein Verbot von Schweinefleisch gibt es nicht. Es besteht auch keine Verpflichtung das warme Mittagessen zu bestellen. Die Eltern können auch entscheiden, ein kaltes Mittagessen mitzugeben.*“

In den anderen Einrichtungen und Grundschulen ist die Praxis unterschiedlich: Die meisten Grundschulen bieten alternativ zu Fleischgerichten ein vegetarisches Gericht an. Einzig an den Grundschulen Altstadt, Nadelberg und Waldweg werden keine Essen mit Schweinefleisch angeboten. Die GS Altstadt antwortete: „*Da wir einen großen Anteil muslimischer Kinder haben, die sonst aus Verwechslungsgefahr ein warmes Mittagessen ausschlagen würden, wurde Schweinefleisch aus dem Speiseplan gestrichen.*“

Der Vorsitzende der AfD Fraktion im Rat der Stadt Celle, Anatoli Trenkenschu, sieht hier „falsch verstandene Toleranz“. „*Die gesellschaftliche Mehrheit passt sich an die Regeln der Minderheiten an – in diesem Fall wird auf Schweinefleisch verzichtet - und merkt das selbst kaum. [...] Der Schutz der Minderheiten - auch aus religiösen Gründen - darf nicht dazu führen, dass eine Mehrheit aus falsch verstandener Toleranz in ihrer freien Entscheidung überstimmt wird.*“

Zwischenzeitlich hat die AfD einen Antrag gestellt, in dem die Verwaltung aufgefordert wird, sich dafür einzusetzen, dass Schweinefleisch in Kitas und Schulen erhalten bleibt bzw. wieder angeboten wird.

Was erstaunlicherweise niemand problematisch findet, ist, dass es an den GS Nadelberg und Waldweg anscheinend kein vegetarisches Essen als Alternative zu Fleischgerichten gibt. Die Begründung zielt hier auf sich dadurch erhöhende Kosten ab. Das aber geht heute eigentlich gar nicht mehr.

Jugendhilfeentscheidung Mehrheit nur mit AfD-Stimmen

In unserer letzten Ausgabe haben wir ausführlich darauf hingewiesen, dass der Oberbürgermeister und die CDU wichtige Entschuldigungen mit Hilfe der Stimmen der AfD-Fraktion durchpauken. Erneut geschah dies bei der Entscheidung über die Abgabe der Jugendhilfe an den Landkreis. Bei drei fehlenden Stadtratmitgliedern (2 CDU-, ein SPD-Mitglied) ergab sich eine Mehrheit von 22 zu 18. Ohne die vier Stimmen der AfD hätte der Antrag keine Mehrheit gefunden. Behiye Uca (Die Linke) hatte eine namentliche Abstimmung beantragt. Die Cellesche Zeitung machte dies übrigens nicht zum Thema.

Berkefeld/VEOLIA – E viva España !

Zugvögel fliegen gerne nach Spanien - VEOLIA auch.

Bei der fetten Party zum 125. Firmenjubiläum der Firma Berkefeld (die 2004 vom französischen Konzern VEOLIA übernommen wurde) im Januar 2017 hieß es noch, dass die Technologiemarkte „gut gerüstet für die Zukunft“ sei. Wenige Monate später wurde bekannt, dass die Pariser Konzernspitze beschlossen hatte, die Fertigungssparte am Celler Standort nach Spanien auszulagern. Die betroffenen 46 Mitarbeiter*innen könnten ja mit nach Spanien, was „gerade für junge Mitarbeiter sehr reizvoll sein könne“ (Unternehmenssprecher). Mittlerweile hat schon bei den Fremdfertigern die Montage der ersten Produkte begonnen. Auch im Logistikbereich gibt es eine Veränderung. Kreativ ist VEOLIA auch auf anderem Gebiet. Nach Recherchen von Abgeordneten im Europaparlament hat der Konzern Steuergesetze so geschickt genutzt, dass er allein in den vergangenen fünf Jahren mehr als eine halbe Milliarde Euro an Steuern gespart haben soll. Damit kann VEOLIA offensichtlich gut leben, auch damit, dass sein Bereich „Aid&Military“ mit dem Produkt BERKEFELD® M6 ein System u.a. für militärische Zwecke entwickelt und ausgelegt hat, das „die Anforderungen nahezu jeder Mission erfüllt“ (Eigenwerbung).

Die Mission „Auslagerung aus Celle“ hat erfolgreich begonnen. Ungewiss ist, ob nun Verwaltung, Entwicklung und Verfahrenstechnik dauerhaft in Celle bleiben werden. VEOLIA ist jederzeit abflugbereit. Ach ja: Zugvögel kommen immer wieder zurück – VEOLIA nicht!

100 neue Arbeitsplätze bei Rheinmetall

Export „überlebenswichtig“

Dass Rheinmetall mal Journalisten nach Unterlüß lädt, kommt nicht so oft vor. Nehmen wir es insoweit als Erfolg der antimilitaristischen Aktivitäten vor Ort, dass Firmenchef Papperger ausgewählte Journalisten, unter ihnen ein Redakteur der CZ, empfing, um ihnen zu verkünden, dass

- bis zum Jahresende bis zu weitere 100 Arbeitsplätze in Unterlüß entstehen sollen und
- ohne Exporte der Rüstungskonzern nicht überlebensfähig sei.

Zu gern hätten wir die Krokodilstränen gesehen, als die Rheinmetall-Chefetage darauf hinwies, dass die Türkei bei „Kämpfen in Syrien“ bereits zehn Leopard-Modelle durch Panzerfaust- oder Raketenbeschuss verloren hätten. Denn: Das muss ja nicht sein. In Unterlüß wird ein Schutzsystem nach dem „Hard-Kill-Prinzip“ gebaut. In der Firmenwerbung heißt es dazu: „Das Sensorsystem detektiert eine anfliegende Bedrohung im Nahbereich – etwa einen Hohlladungsgefechtsschiff oder einen Panzerabwehrlenkflugkörper. Das System aktiviert dann blitzschnell – im Mikrosekundenbereich – einen Schutzsektor und wirkt mit gerichteter pyrotechnischer Ener-

gie, die das Objekt unmittelbar vor Erreichen des Ziels zerstört.“

Und in der Tat hätte die Türkei dieses System nur zu zu gern. Eine Entscheidung ist von der neuen Bundesregierung zu treffen; das „Nein“ des ehemaligen Außenministers Gabriel galt nur für die Interimsphase der geschäftsführenden Bundesregierung. Aber jetzt wissen wieder alle, dass der Export für Rheinmetall (und die Soldaten des türkischen NATO-Partners) überlebenswichtig sind.

Fast gleichzeitig wurde bekannt, dass die australische Regierung mit der Rheinmetall AG exklusive Endverhandlungen über die Beschaffung des Radspähpanzers Boxer CRV beginnen will. Der geschätzte Auftragswert würde bei rund zwei Milliarden EUR für mehr als 200 Fahrzeuge liegen. Die Auslieferung soll ab 2019 beginnen und bis 2026 andauern.



Aktive Mittagspause für 6 %

Mit einer Aktiven Mittagspause machten die Beschäftigten der Stadt Celle auf die ver.di-Forderung nach 6 Prozent, mindestens aber 200 Euro aufmerksam. Gut 60 beschäftigte beteiligten sich an der Aktion vor dem Neuen Rathaus.

„Unbezahlbar nennen die Arbeitgeber die Forderungen der Beschäftigten“, kritisierte Verdi-Gewerkschaftssekretär Lorenzo Poli: „Aber angesichts sprudelnder Steuereinnahmen möchten die Beschäftigten heute deutlich machen, dass ihre Forderungen nicht nur berechtigt, sondern eine Umsetzung auch dringend geboten ist, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhalten.“

Neben der Lohnforderung sollen die Ausbildungsvergütungen und Praktikantentgelte um 100 Euro pro Monat angehoben werden. Die Vorschrift, Auszubildende nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung zu übernehmen, will ver.di wieder in Kraft setzen. Die Laufzeit des Tarifvertrages soll 12 Monate betragen. Der Bund wird aufgefordert, das Verhandlungsergebnis zeit- und wirkungsgleich auf die 344.000 Beamtinnen und Beamten, Richterinnen und Richter, Soldatinnen und Soldaten sowie 182.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger zu übertragen.

Die nächste Verhandlungsrunden ist für den 15./16. April 2018 jeweils in Potsdam terminiert.

„Ich wünsche Ihrer Veranstaltung einen störungsfreien Verlauf“

... muss Ihr Demonstrationsrecht zurücktreten

„Während deutsche Waffen beim völkerrechtswidrigen Angriff auf Nordsyrien eingesetzt werden, beschränken die deutschen Behörden die dagegen gerichteten Proteste; sie machen sich mit dieser Verletzung von Grundrechten zum verlängerten Arm der Erdogan-Türkei“, kritisiert Rechtsanwältin Franziska Nedelmann, die stellvertretende Vorsitzende des Republikanischen Anwälten- und Anwältevereins (RAV), angesichts des zwischenzeitlichen Verbots der bundesweiten NE-WROZ-Demonstration in Hannover.

Auch zur Solidaritätsdemo zu Afrin am 24. Februar 2018 machte die Stadt Celle einen Auflagenkatalog, der typisch ist, für die Einschränkung des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit (Textauszug siehe unten).

Grundlage der Beschränkungen ist das am 26. November 1993 vom Bundesinnenminister verkündete Verbot der „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK). Die Fortführung der Organisation, das Zeigen ihrer Kennzeichen und Fahnen in der Öffentlichkeit, galten fortan als Straf-



taten. Das Verbot wurde seitdem kontinuierlich ausgeweitet, auf alle Organisationen, die das Bundesinnenministerium als Nachfolgeorganisationen veranschlagte.

Mit einer Verfügung vom 2. März 2017 hat der Bundesinnenminister die Liste der verbotenen Fahnen und Symbole erneut verlängert. Bilder von Abdullah Öcalan, der seit 1999 in türkischer Haft sitzt, sind seitdem genauso untersagt wie die Fahnen der syrisch-kurdischen „Partei der demokratischen Union“ PYD und der „Volksverteidigungseinheiten“ YPG, die kurzerhand der PKK zugeschlagen werden.

Die Fahnen der Volks- und Frauenverteidigungseinheiten (YPG / YPJ) sind dabei nicht schlechthin verboten, sondern nur insoweit, als sich Demonstrierende ihrer ersatzweise an Stelle von Symbolen der PKK bedienen. Wohl deshalb wurden sie in Celle explizit erlaubt.

Dass das Zeigen von Bildern Öcalans verboten ist, begründet die Bundesregierung so:

„Die Fahnen mit dem Bild Öcalans stehen vielmehr inzwischen nicht nur gleichgewichtig neben der angestammten PKK-Symbolik, sie haben vielmehr gerade innerhalb von Versammlungen einen erheblichen Emotionalisierungseffekt und sind damit in besonderer Weise geeignet, den in Deutschland verbotenen Zusammenhalt der PKK zu fördern und nach außen hin unübersehbar zu demonstrieren. Neben diesen überragenden Imageeffekt tritt gleichgewichtig die Tatsache, dass das Abbild Öcalans von vielen in Deutschland lebenden Türkinnen

Beschränkungen:

[...] Die Versammlungsleiterin / der Versammlungsleiter hat vor Beginn der o. g. versammlungsrechtlichen Aktion auf die in der Begründung genannten Organisationen, die mit Betätigungs- und Vereinsverbot belegt sind, hinzuweisen und während der Veranstaltung jegliche Unterstützungshandlungen für diese Organisationen – insbesondere das Zeigen / Hochhalten ihrer Symbole zu unterbinden. [...]

Begründung:

[...] Die Beschränkung, dass die Versammlungsleitung – im Rahmen ihrer Verpflichtung, für Ordnung zu sorgen – jegliche Unterstützungshandlungen für verbotene Organisationen (PKK, ERNK sowie deren Nachfolgeorganisationen KADEK, KONGRA-GEL und YDK nebst ihrer Gliederungen, Teilorganisationen sowie der CDK, KKK, KCK, ARGK, HPG, YJA-STAR, TAK, YCK, TECAK, Komalen Ciwanan, Komalen Ciwan Ewrupa, Ciwan Azad, Jinen Ciwanan Azad, YXK, YXK-Jin, KJB, PAJK, YJA-STAR, PCDK, PJAK) zu unterbinden hat, ist erforderlich, da nur so gewährleistet werden kann, dass Versammlungsteilnehmer keine strafbaren Handlungen begehen. Dies bezieht sich auch auf verbale Sympathie-

kundgebungen für die genannten Organisationen sowie für den Generalsekretär der PKK Abdullah Öcalan in seiner Funktion als Leitfigur. [...]

Reden oder Wortbeiträge auf einer öffentlichen Versammlung, die diese Organisationen unterstützen, sie vorstellen oder für sie werben, stellen eine verbotene Betätigung zugunsten dieser Organisationen dar (VG Hannover, Beschl. v. 12.01.1996 – 10 B 214/96).

Insbesondere kann das Rufen der Parole „Biji Serok Apo“ – wegen der Verwendung des Wortes „Serok“ (= Führer) – nach den Gesamtumständen eine verbotene Werbung / Betätigung für die genannten Organisationen sein.

Gemäß § 20 Abs. 1 Nr. 5 VereinsG handelt strafbar, wer Kennzeichen verbotener Vereine oder Parteien oder eines von einem Betätigungsverbot nach § 15 Abs. 1 i. V. m. § 14 Abs. 3 S. 1 VereinsG betroffenen Vereins während der Vollziehbarkeit des Verbots oder der Feststellung verbreitet oder öffentlich oder in einer Versammlung verwendet. Das Einschreiten der Versammlungsleitung stellt sicher, dass diesen strafbaren Handlungen entgegengewirkt werden kann. Dies gilt gem. § 20 Abs. 1 Nr. 5 VereinsG insbesondere für das Mitführen und Zeigen verbotener

und Türken wahrgenommen wird als Symbol einer seit den 1980er Jahren wirkenden terroristischen Organisation, die in der Türkei tausende von Toten zu verantworten hat. Aus diesem Zusammentreffen extrem unterschiedlicher Positionen erwächst ein „erheblicher Emotionalisierungseffekt“ und ein Konfliktpotential, das sich immer wieder auch in Deutschland gewalttätig entlädt.“ (Bundestags-Drucksache 18/12025 vom 21.04.2017)

NAV-DEM (Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland) argumentiert dagegen so:

„Abdullah Öcalan ist eine Symbolfigur des jahrzehntelangen Kampfes der Kurdinnen und Kurden für die Anerkennung ihrer Rechte. [...] Selbst auf Seiten des türkischen Staates herrscht die Einsicht, dass keine politische Lösung der kurdischen Frage ohne die Einbindung Abdullah Öcalans möglich ist. Zwischen 2009 und 2011 sowie zwischen 2013 und 2015 hat der türkische Staat Friedensgespräche mit Öcalan geführt, bevor diese einseitig von Seiten der AKP aufgekündigt wurden. Es steht also außer Frage, dass für eine friedliche Lösung des Konflikts in Kurdistan Abdullah Öcalan eine ähnliche Rolle zukommt wie Nelson Mandela bei der Überwindung des Apartheid-Regimes in Südafrika.“ (PM vom 29.01.2018)

Aus den letzten 100 Jahren linker Bewegungen und Parteien gäbe es einen Haufen schlechter Beispiele für personenkultartige Verehrungen anzuführen. Der Bundesregierung aber geht es schlicht und einfach um die Kriminalisierung einer Bewegung. Wie jüngst die Entscheidung eines belgischen Gerichts gezeigt hat, gibt es auch einen anderen Blick: Danach ist der Widerstand seitens der kurdischen Bewegung als ein bewaffneter Konflikt im Sinne des Völkerrechts anzusehen, d.h. legitim. Deutschland aber steht fest an der Seite des türkischen



NATO-Partners, wobei die Rüstungsexportgeschäfte vor und nach dem völkerrechtswidrigen Angriff auf Afrin nur eine Währung sind, in der sich dies ausdrückt. Auch der menschenrechtswidrige „Flüchtlings-Deal“ gehört dazu. Kurzum: Selbst wer keine Sympathien für die PKK hegt, sollte sich für die Aufhebung des PKK-Verbots einsetzen.

Eine Auflage muss noch erwähnt werden: Verboten waren nicht nur Bilder Öcalans, sondern auch „jugendgefährdende Abbildungen zu zeigen (z.B. sterbende Menschen, Gewaltverherrlichung etc.)“. Durch das Zeigen solcher Bilder könnten psychische Beeinträchtigungen ausgelöst werden. Auch hier gilt: Niemand muss das gut finden. Aber: Es stört hier offensichtlich nicht Kriegsverbrechen, sondern der Hinweis darauf, dass es sie gibt. Und künftig dürfen wir uns mal bei Nachrichtensendungen darüber wundern, dass es kein Warnhinweis auf die Jugendgefährdung ihrer Bilderwelten gibt.

Kennzeichen z. B. durch Fahnen, Transparente, Bilder o. ä. Als verbotene Kennzeichen sind u. a. der Stern der verbotenen Organisationen PKK, ERNK, KADEK und KONGRA-GEL sowie Abbildungen des Generalsekretärs der PKK Abdullah Öcalan anzusehen. [...]

Die o. g. Ausführungen gelten im Übrigen auch für das Kennzeichen der KCK (ehem. KKK) – fünfzackiger roter Stern in gelber Sonne auf grünem Hintergrund (vgl. VG Hannover, Beschl. v. 20.03.09 – 10 B 1243/09).

Bezogen auf das Abbild des Generalsekretärs der PKK Abdullah Öcalan gilt dies nur,

- wenn das Zeigen als Propagandatätigkeit für z. B. PKK, ERNK, KADEK, KONGRA-GEL gewertet werden kann,
- wenn das Bild als Kennzeichen / Symbol für eine verbotene inländische Teilorganisation verwendet wird.

Hinsichtlich der Symbole/Flaggen der YPG, PYD und YPJ gibt es eine geringfügige Lockerung des Verbotes.

Werden ausschließlich deren Symbole, Flaggen o.ä. gezeigt, dann ist dies nicht mehr unerlaubt und wird somit nicht unterbunden.

Sobald aber ein PKK-Bezug erkennbar ist, sei es nur

durch eine andere – verbotene – Flagge oder durch Ausrufen von Parolen wie zum Beispiel „Biji Serok Apo“, durch eine andere – verbotene – Flagge oder durch Ausrufen von Parolen wie zum Beispiel „Biji Serok Apo“, greift das vollumfängliche Verbot (siehe oben) und die Polizei wird einschreiten.

Aus aktuellem Anlass weise ich auch auf § 15 des Jugendschutzgesetzes hin. Es ist nicht gestattet, jugendgefährdende Abbildungen zu zeigen (z.B. sterbende Menschen, Gewaltverherrlichung etc.). Eine diesbezügliche Einschränkung des Versammlungsrechts ist in Abwägung mit den verfassungsmäßigen Schutzgütern aus Art.2 GG angemessen und geboten. Das Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit bezieht sich auch auf psychische Beeinträchtigungen, die durch das Zeigen solcher Bilder ausgelöst werden können. [...]

Diesem besonderen Interesse gegenüber muss Ihr grundsätzlich anerkanntes Demonstrationsrecht in dem dargestellten Umfang zurücktreten. Eine Interessenabwägung gem. § 80 Abs. 3 VwGO konnte daher insoweit nicht zu Ihren Gunsten ausfallen.

Ich wünsche Ihrer Veranstaltung einen störungsfreien Verlauf.

Proteste gegen völkerrechtswidrigen Krieg

Seit über zwei Monaten greift das türkische Militär auf Befehl des faschistoiden Erdogan-Regimes völkerrechtswidrig den Kanton Afrîn in der Demokratischen Föderation Nordsyrien an. In offiziellen Statements spricht Erdogan davon, im Anschluss an die Besetzung Afrîns bis zur irakischen Grenze „Säuberungen“ durchführen zu wollen (dw.com 27.1.2018). Die Internationalen Institutionen? Schweigen dazu.

Die deutsche Bundesregierung tut noch mehr, sie schloss vom 20.12.2017 bis nach dem Beginn des Angriffskriegs insgesamt 31 Deals mit dem türkischen AKP-Regime ab, darunter auch zahlreiche Waffenlieferungen (n-tv.de 23.2.2018).

In der aktuellen Stunde des Bundestags am 1. Februar 2018 bezeichnete Roderich Kiesewetter (CDU/CSU) das türkische Vorgehen zwar bereits als klar völkerrechtswidrig, zog daraus jedoch die Konsequenz, dass es zu verhindern sei, dass sich mit der Türkei und den USA zwei NATO-Partner gegenüberstünden. „Bei einer solchen Entwicklung sei das Assad-Regime der „lachende Dritte“ und Russland wäre es gelungen, einen Keil zwischen Nato-Partner zu treiben.“ (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw05-de-aktuelle-stunde-tuerkei-syrien/541212>).

Die deutschen Mainstream-Medien? Schweigen.



Seit Beginn des offiziell als völkerrechtswidrig beurteilten Krieges gibt es in ganz Europa massenhafte und anhaltende Proteste. In Deutschland finden seit dem 20. Januar täglich zahlreiche Demonstrationen und Mahnwachen statt. Für die „Volksvertreter*innen“ ist dies kein Grund, sich klar zu positionieren und in den internationalen Gremien für eindeutige Stellungnahmen zu sorgen.

Auch in Celle gibt es seit dem 20. Januar vielfältigen Widerstand – von friedlich bis militant. So wurde zweimal zu Demonstrationen aufgerufen (1.2. und 24.2.2018), wobei jeweils 500-1000 Menschen dem Aufruf gefolgt sind und gegen den Krieg auf die Straßen gegangen sind. Die erste Demonstration, war für die Cellesche Zeitung kein Anlass zur Berichterstattung. Es hat sich ein Celler Solidaritätskomitee für Afrîn gegründet, das offen zu Treffen einlädt und an dem verschiedene

Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen, kurdische Vereine sowie feministische und Jugendorganisationen beteiligt sind.

In der Nacht vom 4. auf den 5. März wurden Parolen wie „Deutsche Panzer raus aus Kurdistan“ und „Stadt Celle für Afrîn“ an das Celler Rathaus projiziert. Die Celler Presse griff dies nicht auf.

Mehrfach wurden nachts Afrîn-solidarische und Anti-Kriegs-Slogans gesprüht. Hierzu griff celleheute die Formulierung von AfD-Ehrhorn auf und bezeichnete die betreffenden Hauseigentümer*innen als hilf- und fassungslose Opfer (celleheute.de 2.2.2018). Dies erscheint im Verhältnis zu den Kriegsopfern, auf die sich die Slogans beziehen, ausgesprochen pietätlos.

In türkischen Militäreinheiten soll es den faschistischen Brauch geben, einen Schwur zu leisten, bei dem die Soldaten ihre Waffe auf den Koran legen und darauf schwören, so lange zu kämpfen, bis das letzte kurdische Blut geflossen sei. Diesen Schwur habe auch die türkisch-nationalistische Jugend in Hannover geleistet und dafür vom türkischen Militär Glückwünsche auf einer für den Angriff auf Afrîn vorgesehenen Bombe erhalten (Bild der Bombe mit Gruß gepostet auf facebook von TGB Hannover 28.2.2018).

Es gab von Erdogan im Januar den Befehl an alle DTIP Moscheen für den Erfolg in Afrîn zu beten – was entgegen jeden Friedensbestrebungen und -ansprüchen jeglicher Religion gerichtet ist (spiegel.de 22.1.2018).

All dies lässt sich nahezu gar nicht in deutschen Mainstream-Medienberichten lesen. Die zahlreichen Angriffe auf die Zivilbevölkerung in Afrîn seitens des türkischen Militärs und seiner dschihadistischen Verbündeten werden von den Nachrichtensprecher*innen nicht benannt und sind in den großen und bürgerlichen Zeitungen nicht zu lesen.

Nun hat es seit einigen Tagen in Europa, in Deutschland und auch Celle vermehrt gezielte militante Aktionen gegen verschiedene an diesem Krieg beteiligte Institutionen gegeben. Dies ist augenblicklich auch für die größeren Medienagenturen Anlass über Afrîn zu berichten. Und nachdem der türkische Angriffskrieg am 24. Januar von der Vize-Regierungssprecherin Ulrike Demmer noch als die Wahrnehmung „legitimer türkischer Sicherheitsinteressen“ bezeichnet wurde (tagesschau.de 24.1.2018), sind sich alle Parteien der Opposition und der Koalition in der Bundestagssitzung am 15. März über die Völkerrechtswidrigkeit einig und in den internationalen Gremien soll auf eine klare Positionierung hingewirkt werden (deutschlandfunk.de 15.3.2018).

Es verwundert in hohem Maße und zeugt von ausgeprägter Ignoranz, dass in diesem Zusammenhang jetzt die Frage gestellt wird, welche Gründe diese militanten Aktionen haben.

Scheiben klirren und sie schreien – Menschen sterben und sie schweigen.

Hausarrest für Flüchtlinge „rechtswidrig“

Die Ausländerbehörde des Landkreises Celle hat Geflüchtete abschieben lassen und sie kürzt Leistungen auf Grundlage einer rechtswidrigen Ordnungsverfügung. Und trotz eines eindeutigen Beschlusses des Oberverwaltungsgerichts sieht der Landkreis Celle keine Veranlassung, seine Praxis zu ändern. Ein Skandal, den kaum jemand als solchen wahrnimmt.

Betroffen sind Geflüchtete, die nach der sogenannten Dublin III-Verordnung in Deutschland kein Asyl beantragen dürfen. In der Regel ist nämlich dasjenige Land zuständig, in welchem die Person das erste Mal mit Fingerabdrücken oder anderen Beweismitteln wie z.B. einem Visum registriert worden ist.

Die deutschen Behörden sind darauf aus, diese Flüchtlinge so schnell wie möglich wieder abzuschicken. Zum Beispiel nach Italien, wo sie in der Regel keinerlei soziale oder materielle Unterstützung haben, wo sie häufig auf der Straße leben müssen und wo ihnen oft nichts anderes übrig bleibt, als durch Kleinkriminalität oder Prostitution ihr Überleben zu sichern. Niemand will deshalb wieder nach Italien. Im Vergleich zu Deutschland ist es die Hölle hoch Zwei.

Die Ausländerbehörde des Landkreises hat „Dublin“-Flüchtlingen die Auflage gemacht, sich von Montag bis Freitag zwischen 0 Uhr und 7 Uhr in der ihnen zugewiesenen Unterkunft aufzuhalten. Sie meinte ihre Anordnungen auf § 46 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz stützen zu können. Danach können gegenüber einem „vollziehbar aufreisepflichtigen Ausländer“ Maßnahmen zur Förderung der Ausreise getroffen werden.

Wer gegen diesen Hausarrest verstieß, musste zum einen mit Kürzungen der Asylbewerberleistungen rechnen, d.h. erhielt nur noch gut 150 Euro im Monat.

Nach gravierender allerdings ist, dass ein Verstoß gegen die Ordnungsverfügung vom Landkreis Celle auch genutzt wurde, um Abschiebungen einzuleiten.

Ein Geflüchteter hat im Jahr 2017 gegen die Ordnungsverfügung geklagt. Im Januar 2018 bekam er

Recht. Mit Beschluss vom 22.01.2018 (Az.: 13 ME 442/17) hat das Niedersächsische Oberverwaltungsgericht entschieden, dass die Anordnung eines „nächtlichen Hausarrestes“ gegenüber Geflüchteten im Dublin-Verfahren „offensichtlich rechtswidrig“ ist, da dies einen „freiheitsbeschränkenden Charakter“ aufweise, für den es keine rechtliche Grundlage gebe.

Die Kreistagsabgeordnete Behiye Uca (Die Linke) hatte der Kreisverwaltung in Celle einen Fragenkatalog vorgelegt, der in der Kreistagssitzung am 7. März beantwortet wurde (das Dokument steht zum Download auf der website der Fraktion).



Die Kreisverwaltung zeigt sich in ihren Antworten wenig beeindruckt. Obwohl sie mit Bezugnahme u.a. auf die „offensichtlich rechtswidrige“ Verfügung sowohl Leistungen gekürzt hat wie auch Abschiebungen eingeleitet, sieht sie keinen Anlass, z.B. die Kürzungen zurückzunehmen.

Behiye Uca kritisiert diese Haltung scharf: „Auf Grundlage von Verstößen gegen die offensichtlich rechtswidrigen Ordnungsverfügungen sind inzwischen einzelne Geflüchtete abgeschoben worden. Anderen sind die Leistungen bis auf rund 150 Euro gekürzt worden. Und weder in dem einen noch dem anderen Fall sieht der Landkreis sich genötigt, Konsequenzen zu ziehen. Meines Erachtens müssen die unberechtigten Kürzungen selbstverständlich zurückgenommen werden.“ Die Kreistagsabgeordnete weist weiter darauf hin, dass gerade für Flüchtlinge in sogenannten Du-

blin-Verfahren bestimmte Fristen einzuhalten sind, damit die Bundesrepublik ihre Asylverfahren übernimmt. Uca: „Auch diese Fristen sind praktisch auf rechtswidriger Grundlage verlängert worden. Hier stellt sich die Frage, ob der Landkreis dies nicht zurücknehmen muss, also dem Bundesamt eine entsprechende Mitteilung machen muss? Der Landkreis verneint dies, obwohl es meines Erachtens erforderlich wäre.“

Es bedarf offenbar weiterer Klagen, um den Landkreis Celle zu einer Korrektur jener Entscheidungen zu bewegen, die auf der Ordnungsverfügung basieren.



----- 07.02.2018 -----

Alternative zu Amazon

So sieht Klaus Lohmann, der Geschäftsführer der Celler Tourismus und Marketing GmbH, die Zukunft unseres Heimatstädtchens. Welches Potenzial in ihm selbst steckt, zeigte er gegenüber der CZ, indem er glatt einen fünfstelligen Betrag für eine Werbeagentur einsparte durch seinen selbstgedichteten Spruch: „*Fachwerk, Welfen, Flair – Celle kann noch mehr.*“ Ach nein: mehr. Aber vielleicht muss er dann doch eine kleine Gebühr nach Köln überweisen. Niggas Wahlkampfspruch „*Celle kann mehr*“ war bekanntlich von Kölns Oberbürgermeisterin Reker geklaut.

----- 27.01.2018 -----

Lautes Servus

Unter dem Motte „*Ich trink eh lieber Zuhause*“ demonstrieren rund 150 Leute „*für Straßenbau, Schließung aller Kulturstätten und Zuhause-trinken*“. Mit dieser Jubeldemo, die vom Weißen Wall aus durch die Altstadt und wieder zurück führte, wurde dem



RIO'S ein buntes und lautes Servus gesagt – und nebenbei Stadtverwaltung und Ratsmehrheit die Meinung geegit. (siehe Bild unten)

----- 01.02.2018 -----

Überall ist Afrin

Mehr als 500 Menschen demonstrieren gegen den Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien – Afrin. Vom Neuen Rathaus aus bewegte sich der Zug einmal durch die Altstadt. Am Großen Plan gab es eine Abschlusskundgebung, auf der gegen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg der Türkei auf Afrin protestiert wurde. Die Türkei bekämpfte mit dieser Aggression das basisdemokratische Projekt in Rojava.

----- 07.02.2018 -----

Brand in Hoher Wende

Bei einem Brand in der Außenstelle der Landesaufnahmebehörde in der Hohen Wende wurden sechs Personen leicht verletzt. Ein 44 Jahre alter männlicher Bewohner der Einrichtung soll die Brandstiftung zugegeben haben. Zum Motiv habe er gegenüber der Staatsanwaltschaft angegeben, aufgrund der beengten Unterbringung durchgedreht zu sein. Die etwa 170 in der Unterkunft untergebrachten Flüchtlinge wurde in die Landesaufnahmebehörde nach Braunschweig verlegt, sind aber zu einem großen Teil seit Anfang März wieder in Celle.

Von 195 Personen stammen 101 Menschen aus Montenegro, 24 aus Mazedonien und 34 aus Serbien. Oberbürgermeister Dr. Jörg Nigge hatte eine



Meinung: „*Für mich ist das ein Zeichen verfehlter Abschiebepolitik des Landes Niedersachsen. Wenn von 195 Anwesenden fast 90 Prozent aus potenziellen EU-Beitrittsländern stammen, weiß ich nicht, wie wir das gegenüber der Bevölkerung erklären sollen.*“ Wir gehen eigentlich davon aus, dass er einerseits inzwischen begriffen haben sollte, dass es rechtsstaatliche Verfahren gibt, auf deren Abschluss die allermeisten Betroffenen in der LAB warten. Aber das sollen dann halt lieber andre "der Bevölkerung" erklären". In der ganzen öffentlichen Debatte fand zudem keine Erwähnung, dass viele der Betroffenen Roma sind. Ihre Situation in der Herkunftsländern hat sich weder dadurch verbessert, dass die Bundesregierung sie für "sicher" erklärt hat, noch dass diese Länder EU-Beitrittskandidaten sind. Sie werden als Gruppe in den so sicheren Herkunftsländern diskriminiert und verfolgt.

----- 24.02.2018 -----

Solidarität mit Afrin

Erneut demonstrieren rund 500 Menschen gegen den Einmarsch der türkischen Armee in Nordsyrien – Afrin. Diesmal ging es in den Trifftanlagen los und über die Breite Straße, Jägerstraße, 77er, Magnusstraße, Südwall in die Altstadt. Zu den Demo-Auflagen siehe den Artikel auf den Seiten 10 und 11.

----- 04.03.2018 -----

Stadt Celle für Afrin

Am Abend des 4. März war das Rathaus angestrahlt mit großen hellen Botschaften wie: „Solidarität für Afrin“, „Afrin ist überall Widerstand auch“ und „Stadt Celle für Afrin“. Das Celler Solidaritätskomitee für Afrin schreibt in einer Erklärung:



„Mit großer Freude nahmen wir eine Aktion der Stadt Celle wahr, die am 4.3. gegen Abend mittels einer Videoprojektion am Celler Rathaus stattfand. Bei dieser Aktion setzte das Rathaus Celle Maßstäbe in Bezug auf den völkerrechtswidrigen Krieg des türkischen Regimes in Afrin im Norden Syriens und die Rolle Deutschlands. [...] Wir, das ‚Celler Solidaritätskomitee für Afrin‘, begrüßen die Entscheidung der Celler Politik, das Schweigen zu durchbrechen. Denn dieser Krieg hat auf vielen Ebenen einen Bezug zu unserer Region, weil unter anderem ezidische Dörfer von den Angriffen der faschistischen Banden des AKP-Regimes angegriffen und zerstört werden, aber auch Waffen aus den Rüstungsschmieden unserer Region (Rheinmetall in Unterlüß) in den Kämpfen genutzt werden. Wie diese Entscheidung zu Stande kam, bleibt uns ein Rätsel. Aber wir freuen uns über weitere kreative Aktionen der Celler Politik.“

----- 06.03.2018 -----

Multiresistente Keime

Nachdem im Februar Recherchen des NDR in PANORAMA gezeigt haben, dass auch in der Aller erhöhte Konzentrationen von multiresistenten Keimen nachgewiesen werden konnten, vor allem hinter dem Abfluss des Klärwerks der Firma Rothkötter in Wietze, hat die Fraktion von B '90/Die Grünen im Kreistag eine Anfrage an den Landrat gerichtet:

„Wir möchten vom Landkreis wissen, welche Maßnahmen er vorhält, um die Bevölkerung vor multiresistenten Keimen zu schützen und um die Gefahren des Antibiotikaeinsatzes in der Tiermast einzudämmen. Aus diesem Grund haben wir vorerst umfassende Fragen formuliert, die wir nun an den Landkreis übergeben.“

Nach dem Fund von multiresistenten Keimen in der Aller will Rothkötters

Geflügelschlachthof in Wietze sein Abwasser „noch intensiver“ reinigen. Damit sollen – so die Hoffnung – große Teile der Keime aus dem Wasser herausgefiltert werden.

----- 06.03.2018 -----

AfD-Chef bei Nahtz

Andreas Kalbitz, Landesvorsitzender der Alternative für Deutschland (AfD) in Brandenburg, stand in Verbindung zur inzwischen verbotenen rechtsextremen „Heimatreuen Deutschen Jugend“ (HDJ). Nach „Kontraste“-Recherchen nahm Kalbitz 2007 an einem sogenannten Pfingstlager der HDJ teil. Das HDJ-Treffen fand in Eschede auf dem Hof Nahtz statt. Es war ein mehrtägiges Lager mit Frühspport, Brauchtumsveranstaltung und „germanischem“ Mehrkampf. Kalbitz räumte seine Teilnahme am Pfingstlager ein. „Ich war als Gast dort, mutmaßlich, um mir das mal anzuschauen. Ich sehe da kein Problem.“ Die HDJ wurde 2009 vom Bundesinnenministerium u.a. wegen ihrer „dem Nationalsozialismus wesensverwandten Ideologie“ und einer „aktiv-kämpferischen, aggressiven Grundhaltung“ verboten. Andreas Kalbitz folgte im April 2017 Alexander Gauland als Landesvorsitzender der AfD Brandenburg und ist AfD-Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landtag.

----- 08.03.2018 -----

Endlich Uni-Stadt

Dem Ortsrat Altencelle liegt ein Antrag vor, dass das Teilstück der Baker-Hughes-Straße, das von der K74 zum Forschungszentrum führt, in „An der Universität“ umbenannt wird. In der Begründung ist zu lesen: „Herr Prof. Oppelt, Leiter des Forschungszentrums Drilling Simulator, beantragte im Oktober 2017, seine Anliegerstraße mit der Bezeichnung ‚Baker-Hughes-Straße 5‘ in „An der Univer-

sität“ umzubenennen.“ Wie ging noch die Legende? Fürst Potjomkin habe vor dem Besuch der Zarin Katharina II. im eroberten Neurussland entlang der Wegstrecke zum Schein Dörfer aus bemalten Kulissen errichten lassen, um sie über den elenden Zustand der Region zu täuschen. Wir beantragen demnächst, Altencelle den Untertitel „Potemkinsches Dorf“ zu verleihen.

----- 13.03.2018 -----

fight 4 Afrin

In der Nacht vom 12. auf den 13. März wurden am Gebäude des CDU Kreisverbandes drei Fensterscheiben der im Erdgeschoss liegenden Büroräume sowie die Verglasung der Eingangstür beschädigt. Zudem wurde die Fassade mit einem 5x1m großen Schriftzug „fight 4 Afrin“ besprüht. In der Sankt-Georg-Straße wurden zwei Fensterscheiben des Kreisberatungszentrums der Bundeswehr eingeschmissen und das Gebäude ebenfalls mit einer Parole versehen.

Überraschender als die Empörung waren die Stellungnahmen. Während der CDU-Landtagsabgeordnete Jörn Schepelmann immerhin mitteilte: „Die Geschehnisse rund um Afrin besorgen uns alle“, solidarisierte sich die SPD gewissermaßen gleich mit beiden „Seiten“. Celles SPD-Ortsvereinsvorsitzender Dietrich Burggraf: „In Nordsyrien findet derzeit ein völkerrechtswidriger Angriff der Türkei auf die kurdische Bevölkerung und die Keimzelle einer kurdischen Souveränität und demokratischen Selbstverwaltung statt. Die Menschen dort brauchen unsere Unterstützung – vor allem durch die deutsche Politik, die die Aufrüstung in der Türkei nicht unterstützen sollte.“

Von der Bundeswehr gab's keine Stellungnahme.



„Für die Bundesregierung ist das eine fluide Lage“



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Oma Lilo: „Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen / Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, / Wenn hinten, weit, in der Türkei, / Die Völker aufeinander schlagen. / Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus / Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten; / Dann kehrt man abends froh nach Haus, / Und segnet Fried und Friedenszeiten.“

Der Besserwiser: Goethe – Faust – in der Tat: eine Tragödie.

Oma Lilo: Bisher kein Wort der Kritik von Seiten der Großen Koalition am türkischen NATO- und Geschäftspartner in Sachen Rüstung.

Der lange Lulatsch: Rheinmetalls Leo hat endlich mal wieder seine Qualität bewiesen.

Die Dicke: Ihr habt mitbekommen, dass der wissenschaftliche Dienst des Bundestages das Unternehmen als völkerrechtswidrig einstuft?

Der Besserwiser: Ganz so deutlich ist es nicht.

Die Dicke: Ich zitiere mal: „*Angesichts der bestehenden Zweifel am Vorliegen einer Selbstverteidigungslage nach Art. 51 VN-Charta sowie am verhältnismäßigen Vorgehen der türkischen Streitkräfte in Nordsyrien steht die Berufung der Türkei auf das Selbstverteidigungsrecht auf ausgesprochen „tönernen“ Füßen. Den NATO-Bündnispartnern würde es nun obliegen, das NATO-Mitglied Türkei z.B. im Rahmen von NATO-Konsultationen nach Art. 4 NATO-Vertrag aufzufordern, triftige Beweise für das Vorliegen einer Selbstverteidigungslage nach Art. 51 VN-Charta beizubringen und von einer Weiterverfolgung der militärstrategischen Ziele in Nordsyrien Abstand zu nehmen. In diesem Zusammenhang könnte die Türkei an ihre Verpflichtung aus Art. 1 NATO-Vertrag erinnert werden, sich in ihren internationalen Beziehungen jeder Gewaltanwendung zu enthalten, die mit den Zielen der Vereinten Nationen nicht vereinbar sind.*“

Der lange Lulatsch: Das ist schon eindeutig. Und es ist verbunden mit einer Aufforderung an die Bundesregierung und die anderen NATO-Partner.

Klein Jonas: Wieso geht es um ein Selbstverteidigungsrecht?

Der lange Lulatsch: Das Völkerrecht ist so gestrickt, dass ein Staat sich wehren darf, wenn er angegriffen wird – und das auch auf dem und auf das Territorium eines anderen Staates. Aber in diesem Gutachten wird bestritten, dass es Angriffe auf die Türkei gegeben hat, die völkerrechtlich das erlauben, was die Türkei gerade macht.

Klein Jonas: Und warum sagt dann niemand was dagegen?

Die Dicke: Die Bundesregierung ist ja auch der Auffassung, dass die kurdische Bewegung terroristisch ist.

Oma Lilo: Du musst aber dazu sagen, dass sie die Kurdische Autonomieregion im Irak akzeptabel findet und ja auch deren Peschmerga ausrüstet und ausbildet hat. Die haben halt ein gutes Verhältnis zur Türkei.

Die Dicke: Klar. Es geht nur um die Kurdinnen und Kurden, die auf Basis der Ideologie der PKK bzw. der Ideen von Öcalan agieren.

Der lange Lulatsch: Was nicht das Schlechteste ist, wie kürzlich sogar ein Journalist der FAZ festhielt: „Mit der türkischen Eroberung von Afrin droht ein verheißungsvolles politisches Modell zu fallen. Denn in Afrin sind alle ethnischen und konfessionellen Gruppen in die Selbstverwaltung einbezogen, die Gleichheit von Mann und Frau wird umgesetzt. Anstelle des früheren arabischen Zentralstaats und anstelle eines angeblich "Islamischen Staats" wurde in Afrin seit 2013 eine pluralistische und dezentralisierte Demokratie praktiziert. Der bevorstehende Fall von Afrin ist daher ein Rückschlag im Kampf für einen besseren Nahen Osten.“

Der Besserwisser: Wobei die radikale Linke in Deutschland sich eine rosarote Brille aufgesetzt hat, wenn sie so tut, als sei das Ganze ein Prozess von unten. Das ist es nicht. Die PYD, also die Partei, und YPD/YPJ, also die bewaffneten Kräfte, sind in einem machtpolitischen Vakuum an die Stelle der vormaligen staatlichen Gewalt getreten. Das ist etwas Anderes als ein Selbstverwaltungsprojekt jenseits staatlicher Strukturen. Und es ist historisch auch nicht vergleichbar mit dem Spanien der 1930er Jahre, wo es eben einen sozialen Prozess von unten gab.

Der lange Lulatsch: Trotzdem musst du zugestehen, dass es besser ist als alles, was die Kurd*innen in Syrien bisher hatten.

Der Besserwisser: Das war die DDR für Arbeiterinnen und Arbeiter auch in den allerersten Jahren ihres Bestehens.

Die Dicke: Nur dass, wenn die Demokratische Föderation Nordsyrien, also Rojava, ein Staat wird, dann von Gnaden der USA.

Oma Lilo: Du meinst auch, die Amis wollen Syrien aufteilen?

Die Dicke: Ich glaube schon. Russland behält seinen Mittelmeerhafen. Die Türkei reißt sich Afrin unter den Nagel. Und die USA haben mit ihrem Militär in Rojava u.a. eine Sperre zwischen dem Iran und Israel eingezogen. Wie sich dann die Energie-Interessen sortieren, wird sich zeigen. Aber eigentlich wollen ja weder Russland noch die USA, dass arabisches Öl/Gas über Pipelines nach Europa kommt.

Oma Lilo: Warum nicht die USA?

Die Dicke: Kann sein, sie wollen ihr gefracktes Gas nach Europa exportieren und Konkurrenz ausschalten.

Der lange Lulatsch: Eine fluide Lage halt, wie Maria Ahdebar, Sprecherin Auswärtiges Amt, kurz nach dem Überfall der Türkei meinte. Und Deutschland liefert noch immer Waffen. Wie eine Anfrage der Linksfraktion an die Regierung ergab, wurden in den ersten fünfeinhalb Wochen des türkischen Überfalls 20 Exportgenehmigungen für Rüstungsgüter im Wert von 4,4 Millionen Euro erteilt.

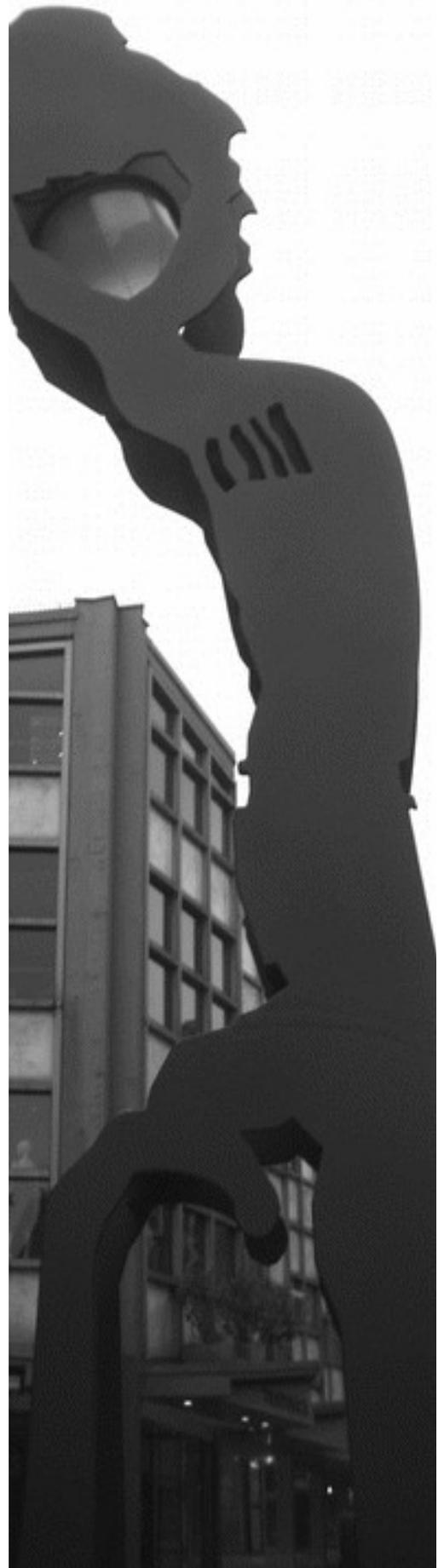
Oma Lilo: Lässt sich Afrin verteidigen?

Die Dicke: Afrin ist nicht Kobane. Die Türkei hat schwere Waffen „Made in Germany“ und den Luftraum. Dass die YPG/YPJ keinen Kampf auf Kosten der Zivilbevölkerung führen, ist ihnen hoch anzurechnen.

Oma Lilo: Was bleibt den Kurdinnen und Kurden?

Der Besserwisser: Unter einer Schutzmacht USA können sie ein bisschen an ihrem demokratischen Förderalismus werkeln. Die Rätedemokratie dürfte die USA nicht stören, solange sie eine Chefebene haben, mit der sie verbindliche Absprachen treffen können. Und selbstverständlich, solange das heilige Recht auf Privateigentum nicht angetastet wird.

[Stand 18.03.2018]



Aufforderung zum Whistleblowing strafbar?

Der Landkreis Celle als Versammlungsbehörde hat am 8. Februar eine Straftat verhindert. Denn an jenem Tag wollte Hermann Theisen vor dem Rheinmetall Fabrikgelände in Unterlüß ein Flugblatt verteilen, in dem er die Mitarbeiter und Mitarbeiterin von Rheinmetall auffordern wollte, die „*illegalen Missstände in der Rüstungsexportpraxis Ihres Arbeitgebers aufzudecken*“. Sie sollten die Öffentlichkeit umfassend und rückhaltlos informieren über „a) über die firmeninternen Betriebs- und Prozessabläufe Ihres Arbeitgebers, woraus die in Rede stehenden illegalen Rüstungsexporte der RHEINMETALL AG resultieren, b) über die firmeninternen Hintergründe und Strukturen bei den in Rede stehenden illegalen Schmiergeldzahlungen der RHEINMETALL AG, c) über das Eingebundensein des Managements der RHEINMETALL AG in die in Rede stehende illegale Rüstungsexportpraxis.“

Whistleblowing wird genannt, wozu der Friedensaktivist aus Hirschberg (Baden-Württemberg) animieren wollte. „*Beim Whistleblowing*“, so belehrt uns das Gabler Wirtschaftslexikon, „*werden Hinweise auf Missstände in Unternehmen, Hochschulen, Verwaltungen etc. gegeben. Der Whistleblower ist meist Mitarbeiter oder Kunde und berichtet aus eigener Erfahrung. Er informiert Mittler und Medien oder direkt die Öffentlichkeit.*“

Für Hermann Theisen wäre es nicht die erste Aktion dieser Art gewesen. Seit langem verteilt er z.B. Flugblätter vor dem Fliegerhorst Büchel, in denen er die Soldat*innen auffordert, Befehle zu verweigern und die Öffentlichkeit über dort stationierte US-Atomwaffen zu informieren.

Und auch mit der Waffenfirma Heckler & Koch hat sich Theisen angelegt. Zweimal verteilte er vor deren Werkstoren ein Flugblatt, das zu Whistleblowing aufrief. Das Amtsgericht Oberndorf erließ einen Strafbefehl in Höhe von 3.600 Euro wegen Aufforderung zum Verrat von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen, aber dem Widerspruch gab das Verwaltungsgericht Freiburg Recht: Theisen musste nicht zahlen, das Recht auf freie Meinungsäußerung wurde als gewichtiger angesehen.



Was Theisen in Sachen Rheinmetall bewegt, ist in dem verbotenen Flugblatt breit ausgeführt – es geht ihm um illegale Rüstungsexporte:

„*Denn der Vorstand [...], Armin Papperger, Horst Binnig, Peter Sebastian Krause, Helmut P. Merch und der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Ulrich Grillo, stehen im Verdacht, in illegale Rüstungsexporte verstrickt zu sein. Dabei geht es um folgende Aspekte:*

1. *Aufbau von Standorten in Krisen- und Kriegsgebieten, deren Regierungen massiv in Menschenrechtsverletzungen verstrickt sind (MENA-Region in Nahost und Nordafrika).*

2. *Belieferung von kriegführenden Ländern sowie Regierungen, die Menschenrechte und demokratische Strukturen missachten (Saudi-Arabien, Vereinigte Arabische Emirate).*

3. *Bruch politischer Tabus beim Rüstungsexport: Katar erhielt als erstes Land auf der arabischen Halbinsel moderne Kampfpanzer des Typs Leopard 2 und Panzerhaubitzen.*

4. *Korruption bei der Geschäftsanbahnung, womit RHEINMETALL im Verdacht steht, gegen Bestimmungen des Strafgesetzbuchs verstoßen zu haben, um an lukrative Rüstungsexportaufträge zu gelangen.*“

Am 9. Dezember 2017 hatte Theisen seine Absicht nach dem Versammlungsgesetz dem Landkreis Celle angemeldet. Ganze drei Tage vor der geplanten Aktion erteilte der Landkreis eine Genehmigung, die aber die Verteilung des Flugblattes untersagte. Zur Begründung hatte man an der Trift eine Stellungnahme der Lüneburger Staatsanwaltschaft parat. Und diese nun befand, dass die öffentlichkeitswirksame Verteilung des Flugblattes einen Anfangsverdacht der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten gem. § 111 Abs. 1 StGB i.V.m. § 17 UWG begründen würde.

Der § 111 StGB beinhaltet die „*Öffentliche Aufforderung zu Straftaten*“, im § 17 des UWG (Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb) geht es um den Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen.

Darauf hatte Theisen in seinem Flugblatt übrigens mit einer „*Rechtshilfebelehrung*“ hingewiesen: „*Wägen Sie für sich persönlich sehr genau ab, ob Sie dem Aufruf tatsächlich folgen wollen, denn dies könnte arbeitsrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen und zur Einleitung eines Strafverfahrens gem. § 111 StGB i.V.m. §§ 17-19 UWG führen.*“ Genau das nahm übrigens die Staatsanwaltschaft als Hinweis darauf, dass es Theisen es „*ernst meinte*“.

Aber ist es nicht merkwürdig: Werden wir nicht sonst allseits aufgefordert, Straftaten zu melden bzw. anzuzei-

Interview mit Hermann Theisen Grundrechtsfeindliches Vorgehen?

??: Waren Sie überrascht, als der Landkreis Celle Ihnen die Verteilung des Flugblatts vor dem Unterlüßer Firmengelände untersagte?



!!: Ja, ich war tatsächlich überrascht, denn bei einer ganz ähnliche Aktion beim Waffenhersteller Heckler + Koch in Oberndorf erging auch ein Flugblattverbot, wogegen ich geklagt habe. In der Folge hat das Verwaltungsgericht Freiburg entschieden, dass das Verbot gegen die grundrechtlich geschützte Meinungs- und Versammlungsfreiheit verstoßen hat. In der mündlichen Urteilsbegründung fand das Gericht deutliche

Worte und kritisierte das grundrechtsfeindliche Vorgehen der Behörde scharf. Dieses Urteil lag auch dem Landkreis Celle vor.

??: Der Landkreis hat offensichtlich die Lüneburger Staatsanwaltschaft um eine Einschätzung gebeten. Die weist ein Urteil eines Freiburger Verwaltungsgerichts zurück, in dem Sie Recht bekommen haben. Wie hat das Freiburger Verwaltungsgericht seinen Spruch begründet?

!!: Das Verwaltungsgericht Freiburg hat sehr ausführlich dargelegt, dass die Meinungs- und Versammlungsfreiheit hohe Güter sind und dass die Einschränkung derselben in einem demokratischen Rechtsstaat nur das letzte Mittel sein darf. Dies sei der Unterschied zu Ländern wie Russland oder der Türkei, so der Vorsitzende Richter.

??: Haben Sie juristisch etwas gegen das Verbot vor Unterlüß unternommen? Wann rechnen Sie mit einem Ergebnis?

II: Gegen das Flugblattverbot habe ich Klage vor dem Verwaltungsgericht Lüneburg erhoben und erwarte, dass sich das Gericht der Auffassung seiner Kollegen vom Verwaltungsgericht Freiburg anschließt. Die Verhandlung wird wohl erst frühestens im Sommer stattfinden.

gen? Und es geht hier doch nicht um „unlauteren Wettbewerb“, sondern um illegale Praktiken. Aber die Staatsanwaltschaft sieht das anders:

„Dass sich der Aufruf nur auf - angeblich - illegale Geschäftspraktiken der Firma RHEINMETALL bezieht, vermag den hinter diesen - angeblichen - Geschäftspraktiken stehenden betriebsinternen Abläufen und Entscheidungsprozessen sowie Verantwortlichkeiten ihren Geheimnischarakter nicht zu nehmen; denn für die Frage,



ob ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis im Sinne von § 17 UWG vorliegt oder nicht, ist es rechtlich bedeutungslos, ob sich dieses auf legale oder illegale Praktiken bezieht.“

Und selbstverständlich weiß die Staatsanwaltschaft ohne nähere Prüfung des „Geschäftsgebarens“,

„dass sich entgegen der Behauptung des Versammlungsanmelders die ersten drei der vier von ihm genannten Aspekte [...] soweit nachvollziehbar, bereits begrifflich nicht als 'illegal', sondern allenfalls als 'illegitim' darstellten, mithin keine juristischen, sondern moralisch-ethische Aspekte des geschäftlichen Gebarens der Firma RHEINMETALL betreffen, zumal [...] hier derzeit nichts von einem Ermittlungsverfahren, geschweige denn von einer Anklageerhebung gegen Manager der Firma RHEINMETALL wegen Verstoßes gegen das Außenwirtschaftsgesetz und Kriegswaffenkontrollgesetz bekannt ist.“

Da fragt sich die einfache Bürgerin naiverweise, wie denn dies auch bekannt werden kann, wenn Whistleblowern von vornherein mit Haftstrafe gedroht wird.

Theisen klagt gegen das Verbot. Vielleicht kommt dabei auch die EU-Richtlinie über den Schutz vertraulichen Know-hows und vertraulicher Geschäftsinformationen ins Spiel. Danach ist nämlich die Offenbarung von Geschäftsgeheimnissen gestattet, wenn dies zur Aufdeckung eines Fehlverhaltens oder einer illegalen Tätigkeit geschieht.



Celler Trialog erst im Oktober

Der Celler Trialog findet nicht – wie ursprünglich geplant – im Mai statt, sondern am 24. und 25. Oktober.

Glocke mit Hakenkreuz wird abgehängt

Im Herbst 2017 fragte das Landeskirchenamt der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannover seine Gemeinden ab, ob bei ihnen noch Glocken mit nationalsozialistischen Symbolen und Aufschriften in Gebrauch seien. Hintergrund war die Berichterstattung über die so genannte "Hitler-Glocke" in Herxheim am Berg (Pfalz).

So wurde zum Problem, dass in Faßberg seit 70 Jahren eine Glocke mit dem Luftwaffenadler und einem ca. 2 x 2 cm großen Hakenkreuz läutet. Die Kirchengemeinde Faßberg-Müden, so die Landeskirche in einer Pressemitteilung, erkläre die Geschichte ihrer 1938 eingeweihten Michaelkirche und Glocke in einer Broschüre, im Internet und bei Führungen und gebe so Gelegenheit, das Erbe des Nationalsozialismus aufzuarbeiten.

Die Glocke wurde aufgrund von Reparaturarbeiten nicht geläutet. Das aber sollte sie wieder, so jedenfalls der Beschluss, den der Kirchenvorstand in einem Buß- und Bettags-Gottesdienst bekanntgab. Gemeindepastor Rudolf Blümcke erläuterte dies so. *„Das Erbe der Zeit, in der diese Kirche erbaut wurde, werden wir nicht ändern, indem wir Symbole verschwinden lassen oder einzelne Teile austauschen.“* Ergänzt werden sollte die Hakenkreuzglocke aber durch eine weitere kleine Glocke, die *„verziert mit einem Zitat des von den Nazis ermordeten Theologen und Widerstandskämpfers Dietrich Bonhoeffer, der alten Glocke akustisch etwas entgegensetzen“*, so der Pastor.

Am 22. November 2017 verteilten „sieben Frauen und drei Männer aus Faßberg-Müden mit geballter politischer, kirchlicher, kultureller und ortsbezogener Kompetenz“ einen Protestflyer:

Bitte, nehmt die Glocke der Michael Kirche mit dem Hakenkreuz-Symbol nicht in Betrieb!

Lasst uns miteinander sprechen...

- Mit dem Hakenkreuz als dem Symbol für die Nazis und ihre Verbrechen, kann und darf unsere Kirche nicht zum Gottesdienst rufen.
- Das zeigen und benutzen von Nazi-Symbolen steht unter Strafe.
- Warum hat uns diese Glocke 72 Jahre nicht interessiert? Diese Frage kann nicht alleine vom Kirchenvorstand entschieden werden.
- Wir fordern daher eine Gemeindeversammlung, in der nach tragfähigen Alternativen gesucht wird!
- Wir erwarten, das die ganze Kirchengemeinde und darüber hinaus der ganze Ort in einen transparenten Entscheidungsprozess mit eingebunden wird.

Doris Artelt, Angelika Cremer, Karin Chamberlain, Dorrit Gribkowski, Elke & Rudolf Hensch, Anna Jander, Klaus Jordan, Karin Peters, Hans-Dietrich Springhorn



Die Cellesche Zeitung berichtet bei der Einweihung über das Relief an der Südseite der Kirche und schwärmte von: „Georg, dem Drachentöter, dem Symbol deutschen Soldatentums.“ Es handelt sich zwar um den Erzengel Michael, was an der martialischen Darstellung aber nichts ändert.

Damit kam die Diskussion noch einmal in Gang. Pastor Blümcke zeigte sich gegenüber der CZ angefahren: *„Was wir nicht brauchen, sind Leute, die Unfrieden im Ort schaffen und uns mit Dreck beschmeißen.“*

Am 20. Februar fasste der Kirchenvorstand dann aber den Beschluss, dass die Glocke ausgebimmelt hat: *„Die Landeskirche hat dem Kirchenvorstand der Kirchengemeinde angeboten, die Kosten für den Guss einer neuen Glocke für die Michaelkirche in Faßberg zu übernehmen. Der Kirchenvorstand dankt der Landeskirche für dieses Angebot und nimmt es gerne an.“*

„Das ist ein Zeichen der Solidarität mit der Gemeinde“, sagte der Vizepräsident im Landeskirchenamt, Arend de Vries.

Weiter will der Kirchenvorstand mit allen Interessierten *„die Geschichte des Ortes, des Kirchbaus und auch der Glocke aufzuarbeiten. [...] Der Verbleib der Glocke, die mit einem Hakenkreuz gezeichnet ist, wird Thema in den Gesprächen, zu denen nach der Vorstellung des historischen Befundes eingeladen wird. Dabei sollen auch Fachleute für Erinnerungskultur beteiligt werden.“*

Denk ich an Faßberg in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht, ...

Jedes Mal in letzter Zeit, wenn diese Glocke läutete, muss ich an Hermann Göring denken.

Daran denken, wie diese laut tönende Nazigröße durch sein Faßberg kutschiert wird, alles inspiziert und anschließend zum obligatorischen Jagdvergnügen aufbricht - inklusive einer opulenten Nachfeier im Offizierskasino.

Umgeben von seiner buckelnden Entourage und willigen Helfershelfern wird er festgestellt haben, dass alles nach seiner Vorstellung geschehen ist – der Fliegerhorst und sein ziviles Pendant sind aus einem Guss, sogar die Kirchenglocke entspricht den Vorzeignormen der Nationalsozialisten.

Überhaupt spielen die offiziellen Kirchen im großen Szenario der allgemeinen Gleichschaltung wunderbar mit.

Gerade diese Institutionen mit ihren umfangreichen Mitgliederzahlen waren noch bei der Machtergreifung ein kleiner Unsicherheitsfaktor; ein striktes „dagegen“ hätte zu einigen Unabwägbarkeiten führen können.

Doch das war Schnee von gestern!

Im Gegensatz zu all dem „linken Gesindel“ in Parteien und Gewerkschaften funktionierte das Zusammenspiel zwischen weltlicher und geistlicher Macht. Die einen „sorgten“ für das „Wohl“ auf Erden, die anderen waren für den Himmel zuständig.

Überhaupt stand die Bevölkerung fest an der Seite Adolf Hitlers.

Dem hatten es die Faßberger schließlich zu verdanken, dass alle hier einen schönen Arbeitsplatz bekamen und für das wohnliche Ambiente ruck zuck gesorgt wurde.

Wen störten da die paar Arbeitsverpflichteten oder später dann die Zwangsarbeiter. Kriegsvorbereitung war kein Thema und Juden gab es an diesem Ort sowieso nicht. Mit den Unannehmlichkeiten einer dörflichen Neugründung konnte man sich arrangieren, versprach die allgegenwärtige Staatsführung doch zügige Verbesserungen an allen Fronten.

Über den Preis machten sich die wenigsten Gedanken, schließlich war man ja „Deutscher“, wurde endlich mit seinen Sorgen von den „Oberen“ wahrgenommen und glaubte fest an die Versprechungen eines „tausendjährigen Reiches“.

Nur schade, dass es mit dem „Kriegsglück“ nicht hingehauen hatte, die Nachkriegszeit mit all den plündernden und marodierenden Ausländern war doch recht schwierig manchmal.

Gott sei Dank waren „unsere“ Besatzer zivilisierte Leute mit denen man vernünftig das Notwendige planen und anpacken konnte.

Und so geschah das Wunderbare:

Nach gerade einmal drei Jahren wurden aus unseren ehemaligen Feinden richtige Freunde, die uns halfen die ehemalige Hauptstadt vor den „bösen“ Russen zu retten und zu bewahren.



Wenn das mal kein Fingerzeig von „ganz oben“ war.

Die Welt verlief jedenfalls hier wieder in festgefügt, soliden Bahnen und auch eine umsortierte „Wehrmacht“ konnte ihren Betrieb ungestört aufnehmen.

Und so verbrachten die Faßberger wieder ein glückliches Leben bis ans Ende ihrer Tage und wenn sie nicht gestorben sind, dann leben sie auch heute noch – unbekümmert und selbstzufrieden ...

... würden sie leben, wenn nicht ein Häufchen Unverbesserlicher sich auf den Weg gemacht hätte, um das schöne Faßberg mit „Dreck zu beschmeißen“.

Unsere jahrzehntealte treue Kirchenglocke wollten sie abhängen, über längst Vergangenes reden und sogar noch über Schuld und Sühne diskutieren.

„Das ging dann doch entschieden zu weit! – Wo das Hakenkreuz doch nur 2cm groß ist.“

Text zur „beendeten“ Glockendiskussion.

Klaus Jordan vom 12.3.2018

Nachtrag: Die Diskussion um die Glocke ist beileibe noch nicht zu Ende. Jetzt „muckt“ die Fraktion auf, die sich bisher nur auf „Facebook“ lautstark äußerte. Ein Bürgerentscheid soll es richten. Die Naziglocke soll weiter bimmeln schließlich hat es 80 Jahre keinen gestört. Und wer sich daran stört, ist kein richtiger Faßberger, schließlich ist dieser Ort schon längst zum Nabel der Welt mutiert. „Pegida“ lässt grüßen!



PROteste gegen die Ludendorffer

Seit 40 Jahren tagt der „Bund für Gotterkenntnis (Ludendorffer)e.V.“ in Dorfmark (Bad Fallingb. Ostern. Mit Volkstanz und Vorträgen wird Kindern bis Senior*innen Rassismus gelehrt. Bekannte Nazis sind immer wieder dabei.

Mathilde Ludendorff, selbsternannte Philosophin, Religionsstifterin und Frau des Hitler-Putsch-Gefährten von 1923, General Erich Ludendorff, teilt in ihrer Lehre die Menschen in "Licht- und Schachtrassen" ein. Die nordischen "Lichttrassen" seien "dem Göttlichen nahe", die "Schachtrassen" "unvollkommen und sündhaft". Die einen seien von Natur aus zum Herrschen, die anderen zum Dienen geschaffen. "Blutmischung" führe zum "Volkstod". Deutsche Kinder würden durch eine "verjudete christliche Erziehung" geschädigt.

Bei der NPD wird unter dem Schlagwort „Volk“ die Sichtweise von Ludendorff aufgegriffen. Aus dieser rassistischen Ideologie heraus wurde auch in den letzten Jahren gemordet.

Ostern 2010 wurden Journalisten von Ludendorffern tätlich angegriffen, weil sie auf der Straße den prominenten Altnazi Hajo Herrmann fotografieren wollten. Ostern 2012 zerschlug der Nazi-Aktivist Steffen Hupka die Kamera eines Journalisten. 2013 nahm die Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck an der Ludendorffer-Tagung teil. Im Hohenlohekreis (nordöstlich von Heilbronn) organisieren Ludendorffer Proteste gegen Geflüchtete und rufen zur Gründung von Bürgerwehren auf.

Mit dem "Bündnis gegen Ludendorffer" laden zum Protest ein: Antifaschistische Initiative SFA, DGB, GEW, ver.di, Jusos, Linksjugend solid, B90/Die Grünen, Die Linke, Michael Höntsch MdL SPD, SPD-Ratsherr Dietmar Meinhold, BLBF-Ratsherr Steffen Ahrens, Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus, VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes)

Karfreitag, 30.03.2018, 13.00 Uhr Mahnwache
Samstag, 31.03.2018, 13.00 Uhr Kundgebung und Musik
Sonntag, 01.04.2018, 13.00 Uhr Demonstration

Alle Proteste vor dem Gasthaus „Zur Post“ (nahe Bahnhof), Poststraße 12 in 29683 Dorfmark

Völkische Siedler

Vortrag von Andrea Röpke

„Völkischen Siedler/innen“ fallen nicht nur durch ihre altmodisch erscheinende auf, es ist vielmehr ihr völkisches Weltbild. Sie ziehen aufs Land, kümmern sich um Gemüse und Kindererziehung, und scheinen sich in die Dorfgemeinschaft einzuleben. Doch nach einiger Zeit zeigen die neuen Nachbarn ihr wahres Gesicht. Ökologischer Landbau, artgerechte Tierhaltung, Vegetarismus, Naturheilkunde, Selbstversorgung – all das dient nicht einer freien Gesellschaft in intakter Natur sondern ist ein wesentlicher Teil der Idee der „Rassenhygiene“, durch die Pflege deutschen Brauchtums solle die „Rasse“ rein gehalten und vermehrt werden.

25. April 2018, 19 Uhr

Christophorus Haus der Ev.-luth. Gemeindezentrum Johanniskirche, Osterstraße 3b, 29348 Eschede; Veranstalter: Escheder Arbeitskreis für Demokratie und Menschenrechte

2018 Jahrbuch rechte Gewalt

Nach dem Jahrbuch 2017 nun das Jahrbuch 2018 Rechte Gewalt. Bei dem Buch handelt es sich um mehr als eine Chronik. In mehr als der Hälfte des Buches werden Hintergründe und Zusammenhänge der heterogenen rechten Szene beleuchtet.

Die Chronik erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Aus gutem Grunde verlässt sich Andrea Röpke bei ihrer Recherche nicht auf Angaben von Verfassungsschutz- und Polizeibehörden. Es sind Opferberatungsstellen und zivilgesellschaftliche Institutionen, die Informationen geben.

„Die Ämter des Verfassungsschutzes versagten bereits im Hinblick auf die Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) rigoros. Doch auch der Umgang mit vermeintlich unpolitischen Hooligans scheint skandalös. (...) Weitestgehend unbeachtet konnten sich Neonazis mit dynamischen und gewaltaffinen Subkulturen wie Hooligans, teilen des Kampfsports bis hin ins kriminelle Spektrum der Rockerszene vermischen. Brotherhood, La Familia oder Riot waren bisher Begriffe, die nicht mit Rechtsextremismus in Verbindung gebracht wurden. Die Milieus aber verbinden sich, rekrutieren Nachwuchs und werden zu einer unberechenbaren politischen Größe (...). Kampfbereitschaft, Maskulinität und Nationalismus stellen Bindeglieder dar.

(...) Ressentiments, Ablehnung und Übergriffe gegen Migranten und Geflüchtete reißen in Deutschland nicht ab. Entwarnung kann nicht gegeben werden. (...)

Ein Schwerpunkt dieses Buches liegt darin, die Drahtzieher, Strategen und Profiteure des Hasses zu enttarnen. (...)“ (Andrea Röpke, aus der Einleitung des Buches)

Andrea Röpke / 2018 Jahrbuch rechte Gewalt , ISBN: 978-3-426-78913-1, 12,99 € Knaur Verlag

Andreas Speit (Hg.)

REICHSBÜRGER

Die unterschätzte Gefahr

Ch. Links Verlag



Reichsbürger Die unterschätzte Gefahr

In dem Buch beleuchten zwölf Wissenschaftler und Journalisten das, was seit spätestens seit 2016, als in Bayern ein Reichsbürger einen Polizisten erschoss, ins öffentliche Bewusstsein gerückt ist, die Reichsbürger. Das Buch gibt einen Überblick über die unterschiedlichen Strömungen der Szene und bietet einen anschaulichen Einblick in die Gedankenwelt einzelner Protagonisten.

Etwa 13000 Reichsbürger soll es in Deutschland geben. Auch in Celle weiß die Stadt von ihnen zu berichten: „Vorfälle mit „Reichsbürgern“ kämen im Rathaus „gefühlte wöchentlich“ vor, berichtet der städtische Pressesprecher Wolfgang Fischer auf CZ-Nachfrage: „Steuerbescheide werden ignoriert, sodass es letztendlich zu Vollstreckungsmaßnahmen kommt.“ Im Bereich der Vollstreckung habe es die Stadt seit zwei bis drei Jahren regelmäßig mit „Reichsbürgern“ zu tun: „In Celle gibt es nach unseren Schätzungen etwa 60 Personen, die auf dieser Welle reiten. Es gibt vermutlich keine organisierten Gruppen. Es sind wohl Einzelpersonen, die für sich die Ideologie der Reichsbürger vertreten.“ CZ 11.11.2016

Das ist es, was „Reichsbürger“ ausmacht: sie sprechen der Bundesrepublik Deutschland ihre Existenzberechtigung ab und erkennen damit das geltende Recht nicht an. Teile von ihnen meinen noch im Deutsche Reich zu leben, andere, sogenannte Selbstverwalter, gründen ihr eigenes kleines Reich. Es gibt etliche Strömungen: Verschwörungstheoretiker, Geschichtsrevisionisten und allerlei Rechtsextremisten, sie alle werden oft unter dem Begriff „Reichsbürger“-Bewegung zusammengefasst.

Im April / Mai dieses Jahre wird Andreas Speit nach Celle kommen und zum Thema Reichsbürger einen Vortrag halten. Der genaue Termin stand bei Redaktionseende noch nicht fest, achtet daher auf Ankündigungen im Netz (z.B.: <http://www.cellerforum.de/>) oder in der Tagespresse.

Andreas Speit (Hg.), Reichsbürger Die unterschätzte Gefahr, Erschienen: September 2017, ISBN: 978-3-86153-958-2, 18,- €, E-Book: 12,99 €, Ch.Links Verlag

„Wir fürchten uns nicht vor der Kritik von Gutmenschen, Bahnhofsklatscher und Realitätsverweigerern, denn wir wissen ja die Celler Bevölkerung hinter uns.“

Ratsherr Frank Pillibeit, AfD, am 8.3.2018

Mal richtig aufräumen

Graffiti mit Parolen gegen den türkischen Angriffskrieg auf Afrin an einige Celler Hauswänden nahm der AfD-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Thomas Ehrhorn zum Anlass, die örtliche kurdische Gemeinde um Mithilfe bei der Beseitigung der Schäden zu bitten: *„Weil die Schriftzüge und Symbole klar einen Bezug zu kurdischen Themen aufweisen und teilweise auch nicht in Deutsch verfasst sind, ist mit großer Sicherheit davon auszugehen, dass es sich bei den Tätern um Mitglieder der kurdischen Gemeinde handelt. Wenn sich diese eng verbundene Gruppe daran beteiligen würde, die Schäden wieder zu beseitigen und solche in Zukunft möglichst zu verhindern, wären wir deren Mitgliedern sehr dankbar.“*



In der „Ratsherrenwiese“ an der John-Busch-Straße liegt noch AfD-Plakatmüll von der letzten Wahl. Wir wären Mitgliedern und Wähler*innen sehr dankbar, wenn sie diesen unschönen Dreck endlich mal entsorgen würden.



Kunsthalle - Hallenkunst

Unter dem vorläufigen Arbeitstitel "Neue Galerie/Kunsthalle Jutz" finden sich gerade Leute zusammen, die diesem wunderbaren Gebäude im Maschweg/Westerzelle mit allerlei Aktivitäten und einem noch zu gründenden Verein (Anfang April 2018) neues Leben einhauchen wollen. Interesse, mitzumachen? Meldet Euch unter hallenkunst@web.de, Stichwort "Kunsthalle".

Feministischer Lesekreis

Ab dem 28. März wird es im 2-Wochen-Rhythmus um 18.00 Uhr einen feministischen Lesekreis zur neuen Jineologie-Broschüre im Bunten Haus geben. Das feministische Jugendkomitee Celle lädt im Rahmen der Kampagne "Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie" alle FrauenLesbenTransInter ein, gemeinsam zu lesen, zu verstehen und zu diskutieren. Die Broschüre liegt schon in ausreichender Anzahl für alle Interessierten bereit und eine Anmeldung ist nicht nötig. Was ist Jineologie? Hier ein paar Zeilen aus der Broschüre: „Die Wissenschaft der Frau - Jineoloji - definiert sich selbst als eine Sozialwissenschaft, die dem heutigen Zeitgeist entspricht. Die Definition stammt aus dem Kurdischen. Sie besteht aus den Wörtern "Jin" für Frau und "Loji" für Wissenschaft“ und „Das Wichtigste ist aber, dass diese Broschüre das Wissen aus den praktischen Erfahrungen der kurdischen Frauenbefreiungsbewegung enthält, das als Hauptquelle der Jineoloji dient. Lasst uns Antworten auf die Frage "Warum braucht es eine Wissenschaft der Frau?" finden.“

Die nächsten Termine sind: 11. April, 25. April und 9. Mai, jeweils 18 Uhr



Jugendzeitschrift Celle

Alle Jugendlichen sind eingeladen, gemeinsam eine eigene Zeitschrift zu erstellen. Unabhängig von irgendwelchen Einrichtungen, Behörden, Schulen oder was auch immer, wollen wir unsere eigenen Inhalte schreiben und lesen. - Mittwoch, 4. April 17.30 Uhr im Bunten Haus

Vortrag mit Anja Flach Warum der Angriff auf Afrîn ein Angriff auf die Frauenbefreiung ist

Es ist das Recht aller Menschen in Frieden und Selbstbestimmung zu leben. In der Demokratischen Föderation Nordsyrien, Rojava, wird sich anhand der drei Säulen Geschlechterbefreiung, Ökologie und Basisdemokratie organisiert. Wie funktioniert das? Die Frauen-Organisation ist dort auf allen Ebenen unabhängig. Das haben sie sich selbst erkämpft. Die Kraft, die von ihnen ausgeht, zeigt, dass sie sich der Herrschaft und dem Krieg nicht unterwerfen und nicht bereit sind, ihre Unterdrückung zu dulden. Viele feministische Menschen weltweit bewerten den Angriff auf Afrîn vor allem als einen Angriff auf die Frauen*revolution, warum ist das so?

Zu diesen und weitere Fragen wird uns Anja Flach einen Überblick geben. Anschließend wird ausreichend Zeit für Diskussion und unsere Fragen zu dem Thema sein.

Di., 3. April, 18.00 Uhr, Eintritt frei, Êzidisches Kulturzentrum Celle, An der Koppel 21

Veranst.: Feministisches Jugendkomitee Celle und Celler Solidaritätskomitee für Afrîn



Festival der Demokratie Mit Regisseur Lars von Rilrec

Am 7. und 8. Juli 2017 trafen sich die Führer*innen der 20 reichsten und mächtigsten Länder der Erde in Hamburg. Bürgermeister Olaf Scholz kündigte das G20-Treffen als „Festival der Demokratie“ an. Über 30.000 Polizist*innen waren in der Stadt um das Treffen zu schützen, 100.000 Menschen kamen um dagegen zu demonstrieren. Dieser Film soll kritisch die Situation der während der Gipfeltage, insbesondere den Umgang der Polizei mit den freiheitlichen Grundrechten zeigen.

Das kino achteinhalb zeigt den am Mittwoch, den 2. Mai, um 19 Uhr. Eintritt: 5 EUR.

Dachbodenpiraten

Gar nicht mal so überraschend sitzt seit der letzten Kommunalwahl auch ein Vertreter der Partei DIE PARTEI im Celler Stadtrat. Überraschend war, dass Dirk Gerlach fürs lokale linke Biotop ein ziemlich Unbekannter war. Im Stadtrat ging Gerlach dann in eine gemeinsame Gruppe mit den drei Vertreter*innen der Bündnisgrünen und Thorsten Schoeps von der WG. Zu seinem bevorzugten Arbeitsfeld hat sich in den vergangenen Monaten der Schlagabtausch mit Nazis jeglicher Couleur in den sozialen Medien (= Facebook-Kommentarspalten) entwickelt. Das macht er mit einer Energie und „Lust“, die uns fehlt. Auch im Wahlkampf und im Stadtrat selbst war und ist Gerlach zu Stelle, wenn es gilt, (dem Schwachsinn) der AfD entgegenzutreten.

Jetzt hat Gerlach einen Roman vorgelegt, der uns zugegebenerweise nur wegen seines Autors interessiert. Zudem spielt der Roman in Hannover, was zwar nicht – wie vielfach behauptet – die langweiligste Stadt der Welt ist, aber doch normalerweise jenseits unseres Aufmerksamkeitsfokus liegt. Herausgekommen ist eine unterhaltssame Liebes- und Milieugeschichte.

DACHBODENPIRATEN heißt der Roman, weil Gerlachs „Held“ Teil eines Handwerkerkollektivs ist, das im Jahr 1993 Dachböden zu Wohnungen umbaut. Das besondere an diesem Kollektiv ist, dass die „Jobber“ nicht als Firmenangestellte agieren, sondern ihre Stunden gewissermaßen als Selbstständige mit dem „Chef“ abrechnen und sich auch habituell von den Beschäftigten normaler Betriebe abzugrenzen meinen. Kurz: ein Milieu aus Seiteneinsteigern, Prekären und Studierenden, die sich auf den Dachböden und eher links-alternativen Kneipenwelten über Leben und Lieben austauschen, ihre Kohle verdienen und ausgeben.

Erzählt wird das Ganze aus der Perspektive von Ralf Bender, der seine „wilde Jugend“ in den Hausbesetzer*innen-Szenen von Köln und Berlin verbracht hat und den deshalb im Unterschied zu seinen Kollegen die Ermordung des RAF-Mitglied Wolfgang Grams in Bad Kleinen (noch) interessiert; dies aber eher auf einer Ebene von Reminiszenz denn als Teil politischer Auseinandersetzung.

Die Episoden und Lieben der ferneren und jüngeren Vergangenheit hat er für sich, gut in Kartons verpackt, in in entlegeneren Ecken seines Dachstübchens abgestellt. Weit weniger aufgeräumt muss er sich im Alltag herumschlagen mit dem Arbeitsamt, Nachbarn und Vermieter, Fahrraddieben Denunzianten.

Neben seinen besten Kumpels von den Baustellen wird Andrea, eine Schauspielstudentin, die ihr Geld an der Kasse eines Baumarktes verdient, zu einer neuen Konstante. Als ein Kollege an Krebs erkrankt und der „Chef“ von Bank und Bauamt bekommt, erweisen sich

Freundschaft und Solidarität als (über-)lebenswichtige Krücken. Dass und wie Mitmenschlichkeit das Leben entspannt und bereichert, zeigt daneben das Denken und Handeln von Ralfs Hausnachbarin Maria. Und so wird den Leser*innen (wie auch Ralfs Kollegen) schneller klar als dem Protagonisten, dass da noch was kommt, als Andrea sich in Sachen Fernsehkarriere nach Potsdam verabschiedet.

Dirk Gerlach sieht seinen Roman als „Zeitreise“, und das macht in der Tat den wesentlichen Reiz. Für Hannoveraner*innen kommt ein regionaler Appetizer hinzu: die Kneipen- und Szenelandschaft im Stadtteil Linden-Limmer, denn der morgendliche Latte M „Bei Jacqueline“ wie auch nächtliche Abstürze im „Havanna“, der „Glocksee“ oder untergegangenen Kneipen wie dem „Rotkäppchen“ oder „Silke Arp bricht“ werden ausführlichst gewürdigt.

Dirk Gerlach: Dachbodenpiraten. Roman. 440 Seiten, ISBN-13: 9783744869621, Books on Demand, 18,50 EUR (als e-book 14,99 EUR)



Und warum jetzt noch eine Marx-Biografie?

Der Geburtstag von Karl Marx jährt sich am 5. Mai zum 200. Mal. Der Rosa-Luxemburg-Club hat aus diesem Anlass Michael Heinrich nach Celle eingeladen. Heinrich war bis war 2016 Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Im Frühjahr erscheint von ihm der erste Band einer dreiteiligen Biografie über Karl Marx. In einem Interview erläuterte er seine Motive.

??: *Du hast dich bisher vor allem mit der Marxschen Theorie beschäftigt. [...] Wieso schreibst du jetzt an einer Marx-Biografie?*



!!: Ich glaube, es war im Jahr 2006, als mich eine gute Freundin fragte, welche Marx-Biografie ich ihr empfehlen könnte. Ich hatte zwar ein paar Marx-Biografien bei mir herumstehen, hatte mich aber nicht intensiv mit ihnen beschäftigt. [...] Eine eindeutig beste Biografie konnte ich nicht nennen, und umso mehr ich nach einer suchte, umso mehr musste ich feststellen, dass die vorliegenden Biografien recht unbefriedigend waren. Mein Interesse war aber geweckt [...].

Bei meiner ganzen Beschäftigung mit der Marxschen Theorie ging es eigentlich immer um deren Entwicklung. Ich hatte schon früh eingesehen, dass man die einzelnen Marxschen Texte als Entwicklungsschritte sehen muss, dass man fragen muss, was waren die jeweiligen Fragestellungen, was war der jeweilige Marxsche Kenntnisstand etc. [...] Wenn man aber detailliert die Theorieentwicklung eines Autors betrachtet, dann stößt man zumindest am Rande auch auf biographische Ereignisse, wann hat der Autor sich womit beschäftigt, was hat ihn dazu motiviert? [...]

??: *Es gibt eine ganze Reihe von zum Teil auch sehr umfangreichen Marx-Biografien. Warum jetzt noch eine von Dir?*

!!: [...] Irgendwie hat mich dieses Projekt einer Marx-Biografie immer mehr gepackt und je mehr ich mich damit beschäftigt habe, desto mehr habe ich auch gemerkt, wie unzureichend die vorliegenden Marx-Biografien sind. Es gibt nicht nur eine Vielzahl sachlicher Fehler, häufig wird das Material so ausgewählt, dass damit ein bereits vorhandenes Marx-Bild gestützt wird. Beim Lesen hatte ich oft den Eindruck, es soll nicht etwas erforscht werden, es soll lediglich etwas bestätigt werden. [...] Die allermeisten Marx-Biografien sind aber noch in

anderer Weise unzulänglich: Leben und Werk werden weitgehend voneinander getrennt. [...]

??: *Aber was sind denn nun die Verbindungen von Leben und Werk? Probleme der Theorie lassen sich doch nicht durch Hinweise auf die Biografie entscheiden.*

!!: Letzteres ist sicher richtig. Aber warum z.B. Marx bestimmte theoretische Probleme zu einer bestimmten Zeit als besonders drängend empfunden hat und zu einer anderen Zeit als weniger wichtig, das hat mit der politischen Situation zu tun, in die er mit seinen Texten intervenieren wollte. Das hat mit Auseinandersetzungen zu tun, in die er verwickelt war, die dann auch neue Fragen für die Theorie aufgeworfen haben. Diese Wechselbeziehung von Leben und Werk ist nicht nur an einzelnen Punkten gegeben. Wenn wir das Gesamtwerk von Marx überblicken, dann stellt es im Grunde genommen eine Reihe von großangelegten Unternehmungen dar, die er angefangen hat, die er unterbrochen hat, die er aufgegeben hat, nur um dann ein etwas anderes, etwas verändertes Projekt anzugehen, das ebenfalls nicht zu Ende geführt wurde, worauf dann das nächste Projekt folgte. Das beginnt bereits mit der Marxschen Dissertation von 1841, die eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Schulen der nach-aristotelischen Philosophie einleiten sollte. Aber es gab nie eine Fortsetzung, nicht einmal die Dissertation wurde von Marx veröffentlicht. Die berühmten „Ökonomisch-philosophischen Manuskripte“ sollten eine Kritik der Nationalökonomie liefern, der weitere Kritiken folgen sollten, die Marx nie geschrieben hat und so geht es munter weiter. Diese verschiedenen

Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft

Mit den Wirtschaftskrisen der letzten Jahre wurde deutlich, dass die Marxsche Krisentheorie alles andere als überholt ist. Marx war Zeuge der Durchsetzung jener «modernen» Gesellschafts- und Wirtschaftsstrukturen - industrieller Kapitalismus, Parlamentarismus und Massenorganisationen - die immer noch unser Leben beherrschen. Seine Analysen und Kritiken treffen auch heute noch neuralgische Punkte unserer gesellschaftlichen Verhältnisse.

Michael Heinrich bis war 2016 Professor für Volkswirtschaftslehre an der HTW. Im Frühjahr erscheint von ihm der erste Band einer dreiteiligen Biografie über Karl Marx.

Eine Kooperationsveranstaltung von vhs Celle und Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen.

Donnerstag, 12. April, 18.30 – 20.30 Uhr

vhs Celle, Trift 17, Raum 3

abgebrochenen Projekte sind keineswegs Ausdruck eines beliebigen Hin- und Herschwankens, in ihnen werden vielmehr Fortschritte bei der Untersuchung der ökonomischen und politischen Verhältnisse sichtbar. Die Abbrüche und die erneuten Anfänge haben aber nicht allein innertheoretische Gründe, sie haben auch mit den Marx'schen Lebensumständen, mit den verschiedenen politischen Konflikten zu tun, in die er involviert war. [...]

Die Beziehungen zwischen Leben und Werk spielen sich aber nicht nur auf der Ebene der unmittelbaren Konflikte ab. Nach der Niederlage der Revolution von 1848 ging Marx wieder nach Paris ins Exil, er sprach fließend Französisch, er hatte dort viele Verbindungen, er hätte als Mitarbeiter verschiedener Zeitschriften seinen Lebensunterhalt verdienen können. Die preußische Regierung drängte jedoch auf seine Ausweisung aus Paris. Nur deshalb ging Marx nach London, „freiwillig“ hätte er das niemals gemacht: Er sprach kein Englisch, hatte dort weit weniger Verbindungen und keine Verdienstmöglichkeiten, er lebte dort mit seiner Familie auch erstmal in einem ziemlichen Elend. London, das Herz des britischen Kapitalismus, war damals aber der einzige Ort auf der Welt, an dem ein Buch wie das „Kapital“ geschrieben werden konnte. Es gab dort nicht nur eine Presse, die ökonomische Themen intensiv diskutierte, ein Parlament, das wichtige Untersuchungsberichte zu ökonomischen und politischen Fragen veröffentlichte, sondern es gab dort auch die weltgrößte Bibliothek, ein Faktor, der damals viel wichtiger war als heute. Hätte Marx in Paris bleiben können, wäre er vielleicht sogar von dort nach einigen Jahren wieder nach Deutschland zurückgekehrt, dann hätte er bestimmt auch einige wichtige Bücher geschrieben, aber wahrscheinlich nichts, was mit dem „Kapital“ vergleichbar gewesen wäre.

?: *Das sind wirklich spannende Geschichten. Aber liegt darin nicht vielleicht auch eine Gefahr, dass Geschichte wieder individualisiert wird, dass das Marx'sche Werk ausschließlich als Werk eines großen Genies erscheint?* [...]

!: *Dass man die Rolle eines Individuums im geschichtlichen Prozess untersucht, heißt nicht automatisch, dass man eine individualisierende Auffassung von Geschichte hat. Natürlich ist auch Karl Marx ein Produkt seiner Zeit. Deshalb spielen nicht nur seine Familienverhältnisse, sondern auch die zeitgeschichtlichen Umstände und auch die Diskurse, von denen er geprägt wurde und auf die er sich bezieht, in meiner Biografie eine ganz wichtige Rolle. Und das alles ist für mich nicht bloß Hintergrund, aus dem man dann ein paar Anregungen identifizieren kann, die Marx aufgenommen hat. Es geht für mich immer auch um die Frage, was war in der jeweiligen Zeit eigentlich möglich zu denken, wo hat sich Marx da angeschlossen und wo ging er darüber hinaus?* [...]

!: *Eine letzte Frage. Wie sieht es mit der politischen Relevanz deines Projektes aus? Gibt es eine solche oder ist es eher ein rein wissenschaftliches Unternehmen?*

Zunächst mal würde ich die Entgegensetzung von „rein wissenschaftlich“ und „politisch relevant“ in Frage stel-



len. Zumindest wenn es sich um eine die Gesellschaft betreffende Wissenschaft handelt, ist immer eine politische Relevanz vorhanden, die ist manchmal gut sichtbar, manchmal vielleicht auch etwas versteckt. Was nun die von mir anvisierte Marx-Biografie angeht, sehe ich eine politische Relevanz auf mehreren Ebenen.

Da ist zunächst mal Marx in seiner Zeit mit seinen politischen Konflikten, die sind – jedenfalls zum Teil – ähnlich wie manche der heutigen Konflikte: Welche Bedeutung hat Pressefreiheit? Wie geht eine radikale Linke mit parlamentarischen Institutionen um? Wie sollten linke Organisationen strukturiert sein? Was können kurzfristige, was können langfristige politische Forderungen sein? Ich will nicht behaupten, dass die Marx'schen Antworten auf diese Fragen immer richtig gewesen sind, oder dass man damalige Strategien heute einfach kopieren könnte. Aber aus der genauen Analyse solcher Konflikte kann man durchaus einige Anregungen mitnehmen, wie man bestimmte Sachen machen oder vielleicht auch nicht machen sollte.

Eine andere – politische – Ebene sind die Marx-Biografien selbst, sie sind Interventionen in die Auseinandersetzung um Marx und die Marx'sche Theorie. Im 20. Jahrhundert lieferten viele von Marx-Kritikern verfasste Biografien regelrechte Zerrbilder von Marx, während manche Marxisten einen Marx ohne Fehl und Tadel beschrieben, der immer schon auf dem richtigen Weg war und dabei immer besser wurde. Die neueren Biografien sind nicht mehr ganz so platt, aber auch sie vermitteln zuweilen ganz explizit politisch relevante Botschaften. So erklärte z.B. Jonathan Sperber in seiner 2013 erschienenen Marx-Biografie, er wolle zeigen, dass Marx völlig im 19. Jahrhundert verwurzelt ist und uns heute nichts mehr zu sagen hat. [...] Diese Urteile, wie begründet oder nicht begründet sie auch sein mögen, spielen dann aber in der Diskussion über Marx eine wichtige Rolle. Insofern finde ich es schon ganz wichtig, hier einiges zurechtzurücken und deutlich zu machen, dass einige Urteile doch eher Vorurteile sind.

Heinrich, Michael: Karl Marx und die Geburt der modernen Gesellschaft. Biographie und Werkentwicklung, Teil 1, Stuttgart 2018 - Schmetterling Verlag, ISBN 3-89657-085-4, 36 EUR

Die APO verunsichert ein Heidedorf

Das Jahr 1968 war in Deutschland vor allem geprägt durch die Proteste der studierenden Jugend in den Zentren, aber auch in der Provinz ging der (Generations-)Konflikt schnell über die Frage zu langer Haare und zu kurzer Rücke hinaus. Klaus Jordan, der sich in den letzten Jahren u.a. im Netzwerk Südheide gegen Rechtsextremismus engagiert, hat in einem Aufsatz jetzt seine Jugend in den 1960er Jahren in Faßberg beschrieben. Geschrieben für ein Buchprojekt über die „dörfliche Antifa“ hat er seine Reflexion gesondert in einer 32-seitigen Broschüre veröffentlicht.

Mit „Die APO verunsichert ein Heidedorf“ hat er die Überschrift eines Artikel übernommen, der im März 1969 in der Wochenzeitung DIE ZEIT erschien und anschaulich eine Auseinandersetzung in Faßberg im Jahr 1969 schildert (siehe oben stehenden Artikel).

Faßberg entstand erst Mitte der 1930er Jahre als Anhängsel eines neuen Fliegerhorstes der Nazi-Luftwaffe. Nach dem Krieg war der Ort eine der Drehscheiben der Lufttruppe und heimatete bis zur Übernahme an die

Bundeswehr 1956 eine britische Jagdbomberstaffel. Jordans Eltern kamen aus dem Teil Deutschlands, der im Westen Ostzone genannt wurde, und die Familie siedelte 1956 in das Heidedorf, wo Jordans Vater eine technische Laufbahn bei der Bundeswehr begann.

Dass in diesem Faßberg Nationalsozialismus und Militarismus noch weniger als anderswo hinterfragt wurden, beschreibt Jordan über Szenerien in Elternhaus, Schule und Dorf. Aber wie überall in der Provinz fanden sich auch in Faßberg kleine Gruppen von Jugendlichen über Musik und Konflikte mit den tonangebenden Autoritäten:

„Und mit jedem Konflikt, mit jeder Empörung, mit jedem erfolgreichen oder erfolglosem Aufbegehren zerbröselte die eingefrorene Autorität von Lehrern, Amtspersonen oder sonstiger Erwachsenenwelt.“

Jordan übersieht in seinem Rückblick nicht, dass die „Verweigerungskultur“ nur einen kleinen Teil der Jugend erfasste, und daneben z.B. auch ein „Zombieland ange-



Aus der ZEIT Nr. 11/1969, 14. März 1969. der Autor, Rolf Heuer, Jg. 1946, wuchs in Faßberg auf, machte am Christian-Gymnasium in Hermannsburg Abitur und schrieb schon in den 1960ern für KONKRET und DIE ZEIT. Stefan Aust bezeichnete ihn als „das größte Talent, das mir jemals begegnet ist“. Eine Artikelserie über „Genie und Reichtum“ mündete 1971 in einem Buch; 1972 erschien „Helft Euch selbst! Der Release-Report gegen die Sucht“. Heuer kam 1974 bei einem Autounfall ums Leben. Oskar Ansull widmet ihm in „Himmel, welch ein Land!“ drei Seiten mitsamt der Ankündigung, ihm eine Ausgabe der „Celler Hefte“ zu widmen.

passter Sportidioten“ existierte. Interessant sind die Beobachtungen, dass sich in der im ZEIT-Artikel beschriebenen Kneipenauseinandersetzung ehemalige Mitschüler aus der Volksschule auf die Seite der Gymnasiasten schlugen.

Auch bei einer ausführlich von Jordan beschriebenen Protestaktion gegen die NPD fanden sich ungewöhnliche Bündnispartner, nämlich Rocker – seinerzeit eine ebenfalls unangepasste Subkultur, die sich (noch) nicht über ihre Beziehungen ins Rotlicht-Milieu definieren ließ.

Klaus Jordan: Die „APO“ verunsichert ein Heidedorf. Faßberg 2018 – für 5 Euro zu bestellen über: k.jordan-fassberg@t-online.de

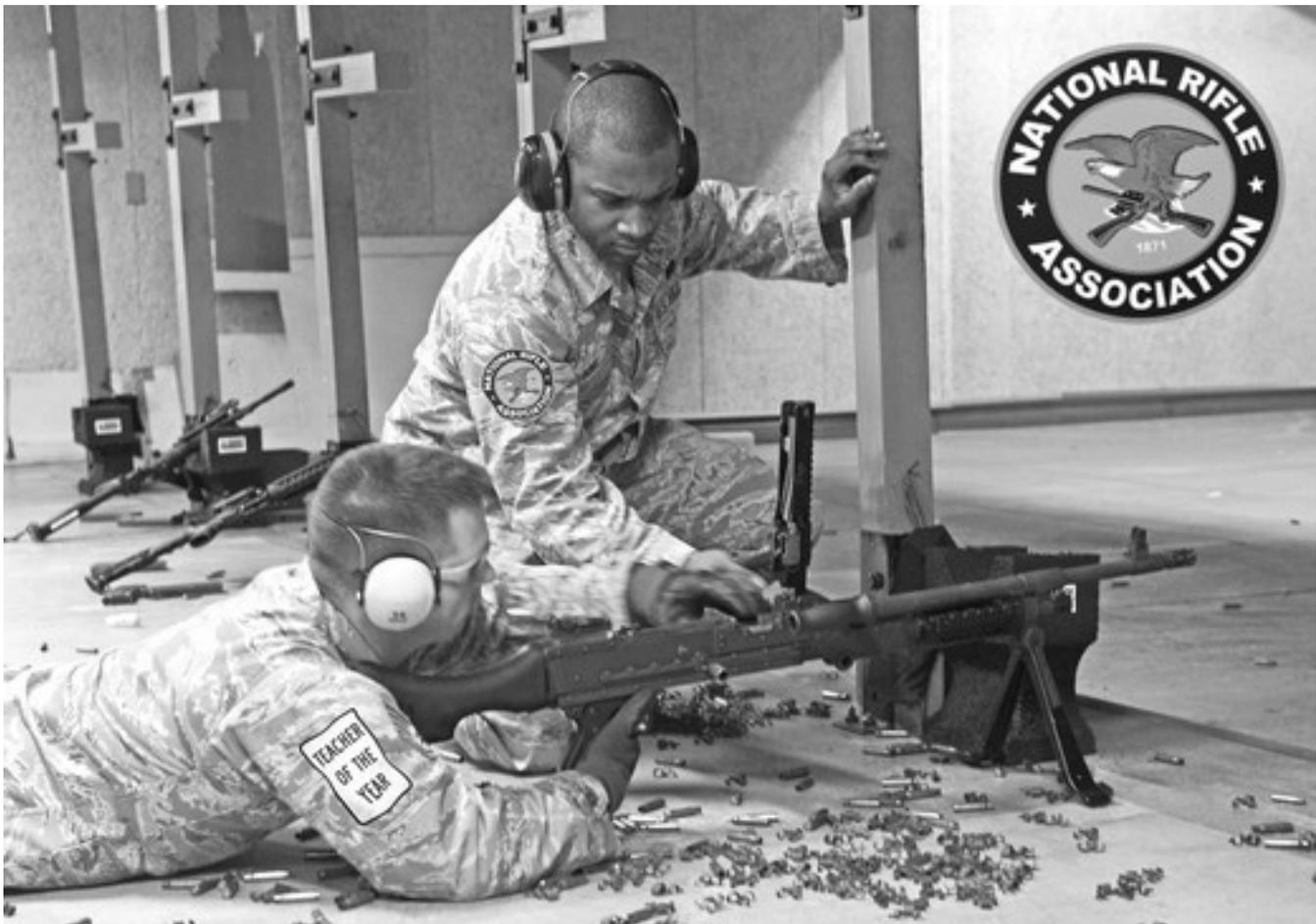


Der Autor (dritter von rechts) & seine Bande

1968 ff. - Protest in der Provinz

Wir würden gern in unseren beiden nächsten Ausgaben über lokale Aktionen und Aktivitäten rund ums Jahr 1968 berichten. Rund um heißt dabei, dass uns auch die Jugendzentrumsbewegung, das Entstehen der örtlichen Ableger der ML-Gruppen wie auch Aktivitäten gegen den § 218 – also erstmal alles bis in die Mittsiebziger Jahre hinein interessieren.

Falls Ihr also alte Flugblätter, Fotos, Dokumente habt – oder eure Erinnerungen verschriftlichen wollt, würden wir das gern „einsammeln“ und verarbeiten. Unsere Mailadresse ist: revista.celle@gmx.de



Lehrerfortbildung á la USA



Kino 8 1/2 im April/Mai

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



06. und 07. April

Die Unsichtbaren - Wir wollen leben

- auch schon 5. April, 19.30 -

7.000 jüdische Bewohner Berlins widersetzten sich 1943 der Deportation, indem sie in der Metropole in unterschiedlicher Tarnung und in verschiedenen Verstecken untertauchten. Vier Überlebende erinnern sich an ihre dramatischen Erlebnisse als Jugendliche und erweisen sich dabei als begnadete Erzähler. Diese Zeitzeugen-Interviews verknüpft der Film dramaturgisch geschickt mit spannenden, vorzüglich interpretierten Spielszenen, die Ängste und Schrecken ebenso spürbar machen wie Unternehmensegeist, Hoffnungen und den bemerkenswerten Rückhalt in der Bevölkerung Berlins. Ein intensiver, bewegender dokumentarischer Spielfilm, der nachdrücklich an den Mut zum Widerstand gegen Unrecht und Verfolgung appelliert.

D 2017, Kinostart: 26. Oktober 2017, 110 Minuten

26. April, 19.30

Manifesto

Die Kinoversion einer filmischen Installation von Julian Rosefeldt widmet sich der Gattung des Manifests als leidenschaftlich-radikale, apodiktische, irrwitzige und größenwahnsinnige Proklamation, die ebenso nach Weltverbesserung wie nach Unsinn schreit. In 13 Rollen stellt die Schauspielerinnen Cate Blanchett Manifeste aus Kunst, Theater, Architektur und Politik dar, wobei die mit großem Aufwand realisierte Hommage ebenfalls die Schönheit des Wortes feiert.

D/Australien 2017, Kinostart: 23.11.2017, 98 Minuten

13. und 14. April

Das Leben ist ein Fest

Nach 30 Jahren im Dienst rauschender Hochzeiten will ein französischer Eventmanager sein florierendes Unternehmen verkaufen. Doch bei der letzten, wie immer akribisch durchgeplanten Veranstaltung auf einem barocken Schloss geht alles schief, was schiefgehen kann. Die schwungvolle Komödie porträtiert einen ganzen Mikrokosmos an menschlichen Gefühlen und Reaktionen mit großer Hingabe und einem enormen Gespür für die komischen Folgen von Fehlritten. Ein Feuerwerk aus Klamauk und Slapstick, das gelegentlich übers Ziel hinausschießt, aber immer nahe

an den Figuren bleibt und dadurch eine eigenwillige Schönheit entfaltet.

F/Kanada/Belgien 2017, Kinostart: 1.2.2018, 116 Minuten

20. und 21. April

Call Me By Your Name

Der 17-jährige Sohn US-amerikanisch-italienischer Akademiker sucht Anschluss an einen ein paar Jahre älteren Doktoranden, der in den Sommerferien in der elterlichen Villa in der Lombardei wohnt. Während der träge dahinziehenden Tage erkennen die beiden, dass sie sich ineinander verliebt haben, und lassen sich auf eine Beziehung ein, wohl wissend, dass sie sich mit dem Ende des Sommers wieder trennen müssen. Entspannt und fast beiläufig inszenierte Romanverfilmung, in der sich das Geschehen und die allmähliche Annäherung der Hauptfiguren mit sensibler Folgerichtigkeit entfalten. Dabei weist der hervorragend interpretierte Film in seiner Einlassung auf Sehnsucht und Vergänglichkeit weit über die Erzählung von erwachender Sexualität und homosexueller Romanze hinaus.

Italien/Frankreich/Brasilien/USA 2017, Kinostart: 01.03.2018, 133 Minuten

27. und 28. April

Der Hauptmann

In den letzten Wochen des Zweiten Weltkriegs findet der junge Gefreite Willi Herold auf der Flucht eine Hauptmannsuniform. Ohne zu überlegen streift er die ranghohe Verkleidung und die damit verbundene Rolle über. Schnell sammeln sich versprengte Soldaten um ihn – froh, wieder einen Befehlsgeber gefunden zu haben. Aus Angst enttarnt zu werden, steigert sich Herold nach und nach in die Rolle des skrupellosen Hauptmanns und verfällt dem Rausch der Macht. DER HAUPTMANN zeigt auf eindringliche Weise, wie selbst im Chaos der letzten Kriegstage etablierte Befehlketten und Machtmechanismen funktionieren, und stellt den Zuschauer vor die Frage: Wie würde ich handeln?

Deutschland/Polen/Portugal/Frankreich 2017, Kinostart: 15.03.2018, 119 Minuten

Do., 17. Mai, 19.30

Tomorrows power

Tomorrow's Power zeigt drei Bewegungen, die die bestehenden Energie- und Machtstrukturen herausfordern. In der von Krieg zerrüttete ölfreiche Provinz Arauca in Kolumbien versuchen Menschen von unten herauf einen Friedensprozess eingeleitet und dabei solidarische Wirtschaftsstrukturen aufzubauen. In Deutschland wollen die Aktivist*innen von Ende Gelände die Regierung dazu bewegen, endgültig die Förderung und Verbrennung von Braunkohle einzustellen. In Gaza bekämpft die Initiative EmpowerGAZA die Stromausfälle im Krankenhaus mit Hilfe von Solaranlagen.

Kanada 2017, OmU, 76 Minuten – in Koop. Mit Bündnis für einen gerechten Welthandel – Eintritt frei.

<https://www.kino-achteinhalb.de/>

Politik, Vorträge & Theater

Di., 03. April, 18.00

Vortrag mit Anja Flach Warum der Angriff auf Afrîn ein Angriff auf die Frauenbefreiung ist

Êzidisches Kulturzentrum, An der
Koppel 21 - Eintritt frei,

Veranst.: Feministisches
Jugendkomitee Celle und Celler
Solidaritätskomitee für Afrîn

So., 08. April, 14.30

Zeitgeschichtlicher Rundgang zum Nationalsozialismus

Zum Jahrestag des Massakers an KZ
-Häftlingen in Celle im April 1945 -
die Führung beginnt um 14.30 Uhr in
der Synagoge, Im Kreise 23, und en-
det am Mahnmahl in den Triftanlagen.

Veranst.: VHS Celle, Kosten: 6,00 –
Anmeldung unter CE1104

So., 08. April, 19.00

Sweet Occupation

Lesung mit Lizzie Doron

Fünf Männer in der Mitte ihres Le-
bens: Die verurteilten ehemaligen
Terroristen Muhammad, Suleiman
und Jamil aus den besetzten Gebieten
sowie die Israelis Chen und Amil, die
den Dienst an der Waffe verweigert
haben. Männer, die im Gefängnis sa-
ßen und, nachdem sie wieder freika-
men, die »Friedenskämpfer-Bewe-
gung« gründeten, entschlossen, ihrem
Leben eine entschieden andere Rich-
tung zu geben. Muhammad nahm
Kontakt zu Lizzie Doron auf, und so
traf sie diese Männer: Feinde, Wider-
sacher. Palästinenser, die die Juden tö-
ten wollten, und Israelis, die sich ge-
weigert hatten, ihr Land zu verteidigen.

Synagoge, Im Kreise 24, Veranstalter:
Jüdische Gemeinde Celle e.V. in Ko-
operation mit der Gesellschaft für
Christlich-Jüdische Zusammenarbeit
Celle e.V. und dem Stadtarchiv Celle,
Eintritt frei

Do., 12. April, 18.30

Karl Marx und die Geburt der mo- dernen Gesellschaft

Prof. Dr. Michael Heinrich, Berlin

Eine Kooperationsveranstaltung von
vhs Celle und RLS Niedersachsen.

Vhs Celle, Trift 17 (Eingang über
Schwicheltstraße), Raum 3 – der ein-
tritt ist frei – siehe S. 26-27.

Sa., 14. April, 16.30

Politik und Provinz

Von Möller bis heute — Leben in der Provinz nach 1968

Nach einem dreijährigen Aufenthalt in
Berlin kehrte der Celler Abiturient
und verhinderte Filmstudent RWLE
Möller 1976 zurück in seine Heimat.
Als Maler und Publizist setzte er sich
auch für die Aufarbeitung der Celler
Geschichte ein. Sein Celler Abriss
Kalender oder das Celle-Lexikon, der
Antifaschistische Stadtplan (gemein-
sam mit Reinhard Rohde) und Celle.
Das Stadtbuch (gemeinsam mit Bernd
Polster) sind Zeugnisse, die seine
Bildwelten entscheidend aufschlüs-
seln und ergänzen. Als Koordinator
des BBK Celle, Mitbegründer der
Kulturhaus-Initiative und Unterstützer
der Initiative-NAAFI-Kulturzentrum,
die schließlich in das Bunte Haus
mündete, engagierte er sich aktiv für
die gesellschaftliche und kulturelle
Landschaft Celles und ihre Jugend-
kultur. Wie ging und geht „die Stadt“
mit einem solch wenig Angepassten
um? Welche Ideen und Einflüsse be-
wegten Möller und seine Zeitgenos-
sen nach 1968 in der Provinz?

Vortrag von Reinhard Rohde (Politik-
wissenschaftler) mit anschließender
Podiumsdiskussion; Moderation: Hil-
ke Langhammer (Historikerin)

Bomann-Museum Celle, Eintritt frei

Mi., 25. April, 19.00

Völkische Siedler

Vortrag von Andrea Röpke

Ev.--luth. Gemeindezentrum
Johanniskirche, Osterstraße 3b,
Eschede

Veranstalter: Escheder Arbeitskreis
für Demokratie und Menschenrechte

Do., 26. April, 20.00

Rauschenbach liest Arno Schmidt und Peter Rühmkorf

Turmbühne, ab 13,00

Do., 02. Mai, 19.00

Festival der Demokratie

Film zu G20 mit Regisseur Lars von
Rilrec

kino achteinhalb - Eintritt frei

Sa., 12. Mai, 11.00 – 17.00

Auf dem Weg zur Regenbogenkom- petenz - sexuelle und geschlecht- liche Vielfalt als Chance und Herausforderung

Kursleitung: Kevin Rosenberger, Kim
Alexandra Trau

Gender und Sexualität sind gesell-
schaftliche Reizthemen - nicht zuletzt,
weil sie jede*n persönlich betreffen.
Warum steht da jetzt ein Stern? Ist das
nicht einfach übertrieben? Beeinflusst
das nicht die Lesbarkeit? Was bedeu-
tet der LGBT*IAPQ-Buchstaben-
salat? Und was heißt "queer"? Was
halte ich für naturgegebenen, was
kann ich akzeptieren und was nicht?
Was brauche ich, um mich in meiner
geschlechtlichen Identität angenom-
men zu fühlen, wo beginnt Ausgren-
zung und Abwertung? Wie müssen In-
stitutionen aufgestellt sein, um Diver-
sität zu fördern? Wie reagieren wir,
wenn wir mit Diskriminierung und
Hass konfrontiert werden?

Der Workshop bietet Raum für Dis-
kussionen und Reflexionen und glei-
chermaßen Möglichkeiten zum Aus-
tausch und Vernetzung mit dem Mo-
dellprojekt.

vhs, Trift 17, Raum 3, gebührenfrei

Anmeldung unter 18ACE1255

Konzerte & Partys

Fr., 30. März, 20.00

Café DaDa mit Mini Playback Show Karaoke

Buntes Haus (Café), Eintritt frei

Fr., 06. April, 21.00

Dub Connection

Dub, Drum&Bass, Techno
Buntes Haus (Café), Eintritt frei

Fr., 06. April, 20.00

Emerson Prime

MS Loretta

Sa., 07. April, 22.00

Doppelkonzert mit den Big Bands "Tonspur" und "Windmachine"

Beckmannsaal des KAV-Gymnasiums
Eintritt: 15,-/10,-/5,-

Sa., 07. April, 22.00

Home of Madness - Warm Up 2018

CD-Kaserne, AK 7,00 €

Mo., 09. April, 20.00

Melanie Dekker

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 13. April, 19.00

Session mit Ex-Teilnehmern vom Jugend-Jazztag

Kunst & Bühne, Eintritt: frei

Fr., 13. April, 20.00

Furious Few

MS Loretta

Fr., 13. April, 20.00

Pippo Pollina Solo - Gäste: Roberta und Adriana Prestigiacomo

CD-Kaserne, ab 31,80 €

Sa., 14. April, 15.00

20. Celler Jugend-Jazztag

Kreistagssaal, Trift, Eintritt frei

Sa., 14. April, 20.00

Jam Session

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 14. April, 20.00

Uli Wißmann - Hymn of the Earth

Halle 19, VVK ab 14,00

So., 15. April, 20.00

Simon & Garfunkel Revival Band

CD-Kaserne, ab 36,20 €

Mo., 16. April, 20.00

Shob

Herzog Ernst, Eintritt frei

Fr., 20. April, 20.00

Roads and Shoes

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Fr., 20. April, 20.00

Homefield Four

Kaffeegarten Sülze

Fr., 20. April, 20.00

Ohrenfeindt - Zwei Fäuste für Rock 'n Roll

CD-Kaserne, ab 23 €

Fr., 20. April, 20.00

Godewind

CD-Kaserne, ab 23 €

So., 22. April, 18.00

Stefan Gwildis

CongressUnion, VVK ab 25 €

Fr., 27. April, 19.00

Session - Neue Jazz Initiative

Kunst & Bühne, Eintritt frei

Fr., 27. April, 20.00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Sa., 28. April, 20.00

Marchess und DBDS

MS Loretta

Fr., 04. Mai, 21.00

Dub Connection

Buntes Haus (Café), Eintritt frei

Sa., 05. Mai, 21.00

Honky Tonk - Kneipenfestival

Altstadtkneipen

So., 06. Mai, 20.00

Carl Verheyen

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 12. Mai, 20.00

Jam Session

CRI – Gelände der CD-Kaserne

Di., 15. Mai, 20.00

Hamilton Loomis

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 19. Mai, 20.00

Hannes Bauer & Orchester Gnadenlos

Kaffeegarten Sülze

Sa., 19. Mai, 20.00

John Appletree Trio

Antikhof Bröckel, Eintritt frei

Sa., 21. Mai, 20.00

Tal Arditi Trio

Kunst & Bühne, Eintritt: 15,-/10,-/5,-

Fr., 25. Mai, 20.00

Open Stage

CRI – Gelände der CD-Kaserne